

Für ganz Großbritannien und Irland nimmt Bestellungen entgegen die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 3 Brook Street Grosvenor Square, London, W. und 32 Princess Street, Manchester.
Die Danziger Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage um 5 Uhr Nachmittags.
Bestellungen werden in der Expedition (Berbergaße 2) und auswärts bei allen Kgl. Post-Anstalten angenommen.



Danziger

Zeitung.

Organ für West- und Ostpreußen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr.
Insertionsgebühr 1 Sgr. pro Zeile oder deren Raum.
Inserate nehmen an: in Berlin: A. Metemeyer, Kurstraße Nr. 50,
in Leipzig: Heinrich Hübner; in Altona: Haafenstein u.
Wogler; in Hamburg: J. Lürtheim.

Ämtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:
Dem Ober-Tribunalrath Joepner zu Berlin den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Kreisgerichtsrath Meyer zu Landsberg an der Warthe den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Kreisrath zu Hammelburg, dem Kreisrath im Siegfrieden den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Hauptmann von Erbeher Neumann zu Klein-Siedow im Kreis Posen, dem Hauptmann Meyer zu Goral im Kreis Strassburg, dem Hauptmann und Schullehrer Friedrich Schmidt zu Vertheim-Grünow im Kreis Angermünde und dem Schullehrer Müller zu Neu-Zerpenschleuse im Kreis Niederbarnim das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner den Regiments-Referendarius Freyherren v. Kerckerling-Borg zum Landrath des Kreises Altpreußen zu ernennen.

Der Kaufmann Otto Pfeiffer in Stralsund ist zum Kaiserlich russischen Vice-Consul daselbst ernannt und in dieser Eigenschaft dießseits anerkannt worden.

Dem Studirenden an der Königl. Bau-Academie zu Berlin, Victor Schröder aus Petersburg, ist als Anerkennung seines Fleißes auf dieser Anstalt die silberne Preis-Medaille der Bau-Academie verliehen worden.

(W. C. N.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Breslau, 3. Mai, Vormittags. Die „Breslauer Zeitung“ meldet in ihrem heutigen Mittagsblatte aus Warschau, daß man daselbst behaupte, der Großfürst Michael werde bereits am Geburtstage des Kaisers eintreffen und den Oberbefehl über die bewaffnete Macht übernehmen, während der Graf Wielopolski mit der Civilverwaltung betraut werden würde.

Nach der „Schlesischen Zeitung“ ist Rum von einer furchtbaren Ueberschwemmung heimgejagt worden. 615 Gebäude stehen unter Wasser.

Von der polnischen Grenze, 3. Mai. Der Municipalrath hat sein Mandat zu Händen des General Gecewicz niedergelegt. Es heißt, der kriegsouvernirte Panutin und der General Zabolski seien entlassen. Als Nachfolger des ersteren wird General Lambert bezeichnet.

Paris, 2. Mai. (H. N.) Die italienische Anleihe ist zum Course von 70 pCt. von Rothschild und anderen Firmen übernommen worden.

London, 2. Mai, Nachts. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erwiderte Russell auf eine desfallsige Anfrage Ewarts, daß englische Schiffe zum Schutze der englischen Interessen nach Amerika gesandt worden seien. Russell sagte ferner, es hätten auf den jonischen Inseln keine Ruhestörungen stattgefunden. Horsfall schlug im Namen der Opposition zu dem Budget ein Amendement vor, welches anstatt Abschaffung der Papiersteuer die Reducirung der Theesteuer um einen Schilling verlangt. Das Amendement wurde mit 299 gegen 281 Stimmen verworfen. Für die Regierung war sonach eine Majorität von 18 Stimmen.

Paris, 2. Mai. (H. N.) Laut Berichten aus Marseille vom gestrigen Tage schied Omer Pascha sich zur Abreise an. Er ist Ueberbringer einer Proclamation, welche beruhigende Versicherungen für die Bevölkerungen enthält und den Vertretern der Großmächte mitgetheilt worden ist. Omer Pascha wird energisch gegen die Montenegroer vorgehen. Auf Dampfern sind wiederum Truppen nach dem adriatischen Meere abgegangen, um das Operationsheer zu verstärken. Eine vollständige Brigade hat sich nach Syrien eingeschifft. Fuad Pascha wird 35,000 Mann zur Auf-

* Die China-Japan-Expedition.

An Bord der „Thetis“.
(Schluß.)

Wir versammelten uns am frühen Vormittage auf Decima in dem Hause, welches früher der Chef der dort gefangenen Kaufleute bewohnte, und in dem jetzt der holländische Consul residirt und fanden dort unsern Gastgeber bereits vor. Kleine muntere Gebirgsperde standen für die Liebhaber des Reitens bereit, und Säulen für diejenigen, welche dies Beförderungsmittel vorzogen, und für die Fußgänger waren Kulis da, um ihnen die Räder nachzutragen, und so traten wir dann in einem wohlgeordneten Zuge unsere Reise an, und wendeten uns der Bergkette zu, welche sich hinter Nagasaki erhebt. Bei dieser Gelegenheit mußte ich die Gewandtheit und die Klugheit bewundern, mit welcher die kleinen Pferde die hohen und steilen Stiebtreppe in die Höhe kletterten, und mit welcher Ruhe und Gelassenheit sie allen Anstrengungen der oft sehr schlechten Reiter, um sie zu falschen Manövern zu verleiten, begegneten; wenn sie an eine schwierige Passage kamen, so standen sie still und schienen den Fall reiflich zu überdenken, und dann, nachdem sie zu einem Entschluß gekommen waren, gingen sie munter darauf los, und von Fehlritten und Stößen war nicht die Rede. Schwierige Passagen aber gab es während des ganzen Weges so viele, daß ich überzeugt bin, keines von unseren Pferden würde ihn ohne große Gefahr für den Reiter zurückgelegt haben, wenn es ihm überhaupt gelungen wäre. Mogi liegt auf der östlichen Seite der Halbinsel, auf deren westlicher Nagasaki liegt und unmittelbar an dem Meeresarm, welcher östlich von Cap Nemo in das Land dringt; wir mußten folglich alle Höhenzüge überschreiten, welche sich vom Cap Nemo aus in nördlicher Richtung durch die Insel Kiu-Siu erstrecken.

Unser Weg führte uns zuerst bergan und bot uns mit jedem Schritte, welchen wir vorwärts machten, reichere und immer rei-

chterhaltung der Ruhe unter seinem Befehle haben. Auf den Rath Frankreichs und Englands verzichtet Griechenland darauf, in Athen eine cretische Phalanx zu organisiren.

Karlsruhe, 3. Mai. Freiherr v. Roggenbach ist zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden. Herr v. Stabel bleibt Justizminister und wird zugleich Präsident des Staatsministeriums.

Die preussische Militärgerichtsbarkeit.

Der eximirte Gerichtsstand der Militärpersonen auch in Beziehung auf solche Verbrechen und Vergehen, die nicht rein militärischer Natur und deshalb auch in dem Strafgesetzbuch für das preussische Heer vom 3. April 1845 nicht besonders aufgeführt sind, hat seit längerer Zeit zu den mannigfaltigsten und zum Theil bittersten Klagen Veranlassung gegeben. Aber diese Klagen blieben entweder ganz allgemeiner Natur, oder sie bezogen sich lediglich auf einzelne, besonders in die Augen springende Fälle. Es ist daher sehr erklärlich, daß in der überwiegenden Majorität des Volkes, die auf selbstständige Begründung von Rechtsfragen sich nicht einlassen kann, wohl eine allgemeinere und objectiv betrachtete, allerdings berechtigte Unzufriedenheit mit der privilegierten Militärgerichtsbarkeit und deren Wirkungen sich immer stärker entwickelte, daß es aber an einer gründlichen Einsicht in die wesentlichen Mängel dieser Gerichtsbarkeit und daher auch an einer wirklich energischen und Erfolg verheißenden Opposition gegen dieselbe fehlte. Ehen so erklärlich ist es, daß die Privilegirten den Ruf nach Abschaffung des Privilegiums nur allzuoft als das Product einer dem Militärstande feindseligen Gesinnung betrachteten, und zwar hauptsächlich darum, weil sie nicht einsahen, daß es hier in hohem Maße um ein Vorrecht sich handelte, das den Bevorrechteten selbst mindestens eben so schädlich ist, als denen, die dieses Vorrecht nicht besitzen. Wir erfüllen daher nur eine Pflicht gegen alle unsere Mitbürger, sowohl gegen die, welche das Bürgerrecht, wie gegen die, die das militärische Kleid tragen, wenn wir, so weit es der Raum einer Zeitung gestattet, nachweisen, welche Verkümmern des Rechts aus dem gegenwärtigen Zustande unseres Militärgerichtswesens zum Schaden für den ganzen Staat und für die Gesamtheit zunächst des preussischen und dann auch des deutschen Volkes mit absoluter Nothwendigkeit folgt.

Das Heer ist seiner innern Natur nach eine so fest in sich geeinigte Genossenschaft, daß es in keiner Weise sich rechtfertigen ließe, wenn man die Militärgerichtsbarkeit gänzlich aufheben wollte. Ja, wäre es, wie etwa die Willkürschwaarm des Mittelalters, nur um seiner selbst willen da, und hätte es keinen anderen Zweck, als die Interessen seiner Mitglieder und seines Führers zu verfolgen und zu wahren, dann müßte man ihm sogar das Recht der Autonomie zugestehen, man müßte anerkennen, daß die Gesetze, denen die Genossen des Heeres in ihren Verhältnissen zu einander und zu ihrem Führer zu gehorchen haben, nur von der Genossenschaft selber gegeben werden können. Aber in unserem Staate existirt das Heer nicht durch und für sich selbst, sondern es ist durch den Staat und um des Staates willen geschaffen, und darum dürfen seine Organisation und die durch dieselbe bedingten Gesetze nur von der gesetzgebenden Gewalt des Staates selbst ausgehen. Dagegen muß die Durchführung dieser Organisation und die Geltendmachung ihrer Gesetze der Genossenschaft und ihren Führern selber anheim gegeben werden. Die Verlegung-

gen der Dienstpflicht, wie sie im zweiten Titel des ersten Theils des Militär-Strafgesetzbuchs aufgeführt sind*), können und dürfen nur von Militärgerichten abgeurtheilt werden. Wir behaupten das nicht aus irgend einem Grunde der Zweckmäßigkeit; denn was es um die Handhabung des Rechtes sich handelt, da hat die Frage nach einem mit dem Rechtsbegriff nicht im Zusammenhange stehenden Zweck keine Rolle, weil man sonst zur Geltendmachung nicht des Rechts, sondern der Willkür gelangen würde. Wir meinen vielmehr, daß Vergehen gegen die militärische Disziplin im weitesten Sinne des Wortes lediglich um der Gerechtigkeit willen nur vor das Forum der Militärgerichte gehören.

Um derselben Gerechtigkeit willen fordern wir aber auch, daß die Vergehen und Verbrechen, welche der Soldat außerhalb seines Dienstes, und wenn er sich durch Ueberschreitung seiner Dienstbefugnisse außerhalb desselben stellt, gegen den Staat, die Civilobrigkeit oder einen seiner nichtmilitärischen Mitbürger begeht, von den Staats- und nicht von den Genossenschaftsgerichten abgeurtheilt werden. Auch sind solche Vergehen und Verbrechen, mit der einzigen und nicht zu rechtfertigenden Ausnahme des Hochverraths, des Majestätsverbrechens und des Landesverraths im Frieden, mit vollem Rechte durch das Gesetz selbst nicht unter die militärischen Verbrechen*) gezählt. Aber eben darum sollten sie nicht bloß nach den Vorschriften der allgemeinen Landesgesetze, wie es § 192 anordnet, sondern auch von den Gerichten des Landes, nicht von denen der Genossenschaft gerichtet werden. Der Soldat, der strafbare Handlungen dieser Art sich zu Schulden kommen läßt, verlegt in erster Linie nicht die Pflichten eines Soldaten, sondern die eines Bürgers; er muß also vor denselben Richter zu Recht stehen, denen die Bürger des Landes überhaupt unterworfen sind. Das Militärgericht ist darauf hingewiesen, daß es durch die Natur seines Verhältnisses geradezu gezwungen, so weit überhaupt ein Mensch durch seine speciellen Verhältnisse gezwungen werden kann, bei den Handlungen des angeklagten Soldaten vor allen Dingen darnach zu fragen, ob sie eine Verletzung der besonderen Berufspflichten, und dann erst, ob sie eine Verletzung der allgemeinen staatsbürgerlichen Pflichten in sich schließen. Wenn der militärische Richter mit ungetrübtem Auge u. A. in der Gemüthsstimmung, die ein Soldat sich gegen einen Nichtmilitär erlaubt hat, nur die Verletzung des Rechts und nicht zugleich entweder die Verletzung einer besonderen und noch schwerer als bei einem bürgerlichen Beamten das Gewicht habenden Berufspflicht, oder umgekehrt einen in Betracht militärischer Anschauungen leichter wiegenden Ercess sich ansehe, so bedarf er dazu eines ganz besonders ausgebildeten Rechtsgefühls und zugleich eines vorzugsweise scharfen und feinen Urtheils. Der Schworene dagegen, wie der Civilrichter, hat gar nicht nöthig, von den Gesichtspunkten zu abstrahiren, die eine besondere Berufsart ihm natürlich gemacht hätte. Er hat aber schlechthin, wenn er nur ein Mann von gewöhnlichem Rechtsgefühl und gewöhnlichem Scharfsinn ist, keinen anderen Gesichtspunkt, als den des Bürgers, dem die Gewaltthätigkeit eines Militärs genau als dieselbe Gesetzesverletzung erscheint, wie die eines jeden anderen Mitbürgers.

*) Daß (§ 170—172) auch Schuldenmachen und Heirathen ohne Consens als „militärische Verbrechen“ bezeichnet werden, ist allerdings eine nicht zu rechtfertigende Anomalie. Es liegt darin eine die Selbstständigkeit und selbst die Etre des Mannes verletzende Bevormundung, die nicht einmal mit den richtig verstandenen Interessen des Dienstes entschuldigt werden kann.

aus dem ein Vulkan, dessen schwarze und eisbedeckte Seiten im Sonnenlichte funkelten, hoch emporragte. Bei der Mähigkeit, die wir nach der Rückkehr in das uns angewiesene Haus einnahmen, spielte unsere Musik, welche uns begleitet hatte, und wenig zum ersten Male seit ihrer Schöpfung hallten die alten Berge von preussischen Märschen und von Luschen, welche preussische Trinksprüche begleiteten, wieder.

Solche Partien machten wir an jedem Tage und nach allen Richtungen, bald allein und bald in Gesellschaft; aber wohin wir kamen, überall fanden wir Mitglieder der Expedition, welche mit Flinten, Botanikertrommel und mit dem geologischen Hammer das Land eifrig durchsuchten. Und dabei war J. Hermann, Japaner und Europäer, von so großer Geduld und so bereitwilliger Höflichkeit gegen uns, und das Wetter war während unseres ganzen Aufenthaltes so günstig, daß wir mit großem Vergnügen den Tag der Abreise hienan kommen sahen, welche auf den 24. Februar festgesetzt war. Am dem Morgen des genannten Tages schloß pte uns die „Arcona“ unter stromendem Regen und bei vollständiger Windstille nach See und verließ uns dann, um nach Shanghae zu gehen, während wir auf Wind warten mußten, um ihr folgen zu können. Am folgenden Tage erreichten wir die Goto Inseln, und darauf näherten wir uns, von einer frischen norwester Brise begünstigt, schnell der chinesischen Küste. Je weiter wir uns von Japan entfernten, desto kälter und unfreundlicher wurde das Wetter, und zuweilen war es vollkommen winterlich; das Meer, welches stahlblau gewesen war, wurde grünlich und dann grüngelb, und dann in der Mündung des Jantse-Kiang so vollkommen dunkelgelb, daß der kalte graue Himmel durch den Refl afficirt wurde und aussah, als ob er hypochondrisch und lech müde wäre; kurz unsere Reise nach China stimmte die Erwartungen, die wir von demselben noch haben mochten, und sie waren sehr gering, bedeutend herab. In der Nacht des 28. sahen wir die Sattel-Inseln, welche südlich von der Mündung des

Denn die allerdings nicht abzuleugnende Neigung, in den Excessen einer Militärperson ein aus gewohnheitsmäßiger Ueberhebung über die andern Bürger hervorgehobenes, also ein schwereres Verbrechen zu erblicken, würde gar nicht existieren, wenn sie nicht durch die privilegierte Gerichtsbarkeit selbst und durch die Art, wie diese Gerichtsbarkeit nach der Natur der Sache und unter den gerade jetzt in Preußen obwaltenden Verhältnissen nur allzuhäufig gehandhabt werden muß, hervorgerufen und gesteigert wäre. Aber man hebe dieses Privilegium auf, und in kürzester Frist wird jene, die Eintracht zwischen Militär und Civil störende und die nationale Einheit und damit die nationale Kraft in ihrer Wurzel angreifende Neigung zugleich mit ihren Ursachen und ihrer Berechtigung wie mit einem Hauche verschwinden.

Indes ist es nicht allein das Vorhandensein des Privilegiums und der individuelle Gebrauch, der von demselben gemacht wird, wodurch die eben so beklagenswerthe wie unnatürliche Spannung zwischen einer besondern Berufsklasse und der Gesamtheit unseres Volkes sich erzeugt. Eine eben so große Schuld tragen, wie wir im nächsten Artikel zeigen werden, die einzelnen Bestimmungen des Militär-Strafgesetzbuches, denn es sind dieselben von der Art, daß durch sie eine ihrem Zweck und Wesen entsprechende Rechtspflege geradezu unmöglich gemacht wird. Diese Bestimmungen machen es nicht notwendig, daß in allen, wohl aber machen sie es möglich, daß in nur zu vielen Fällen der Soldat seinem Vorgesetzten, der Civilist dem Militär gegenüber nicht jenes Gefühl der Rechtsgleichheit haben kann, ohne welches die Mitglieder eines und desselben Gemeinwesens sich nimmer als Genossen in Freude und Leid, sondern als einander Fremde und was noch trauriger ist, wohl gar als Feinde betrachten werden.

Landtags-Verhandlungen.

23. Sitzung des Herren-Hauses am 3. Mai.

Debatte über die Grundsteuervorlagen. Herr Camphausen (Berlin) spricht sehr ausführlich zu Gunsten der Grundsteuer.

Herr v. Gaffron hält sich für unbesungen in der vorliegenden Frage, weil er einer Provinz (Schlesien) angehöre, welche mehr eine Steuerermäßigung als eine Steuererhöhung bei Annahme der Vorlage in Aussicht habe. Wenn der Redner auch seiner Heimat jede Gleichgültigkeit in der Besteuerung münke, so sei doch die Vorlage ein zu weitgreifendes Mittel und nicht geeignet, derselben zuzustimmen. Wie schmerzlich auch der durch die Entwürfe in ihm wie in Andern hervorgerufene Kampf sei, dessen sei er überzeugt, daß Alle festhalten an erprobter Liebe zum Könige und zum Vaterlande. (Bravo!)

Herr Dr. Tetzlaff mit ausführlichen nationalökonomischen Betrachtungen für die Grundsteuerregulierung.

Hr. Dr. Stahl. Der jetzt vorgelegte Entwurf mag finanziell besser sein, als die früheren; sein Prinzip und damit seine ganze Bedeutung sind dieselben wie die der vorliegenden Vorlagen, daher die Gegenüberstellung der jetzigen nicht anerkennen können. Der Hinweis auf die Lage Europas kann die Annahme der Vorlage nicht stützen, denn die Mittel, welche sie den drohenden Gefahren gegenüber bieten sollen, werden erst nach Jahren fließen. Man kann bereitwillig sein, aus Rücksicht auf die Armee-Reorganisation den Vorlagen zuzustimmen, aber dann müßte es durch ein Gesetz gesichert sein, daß diese Reorganisation ihre volle Durchführung finde. Sollen Interessen des Landes der Armee zum Opfer gebracht werden, dann in zu verlangen, daß die Gestalt der Armee diesen Opfern entspreche. Ohne Erfüllung dieses Verlangens tritt die Gefahr einer Diktatur des Hauses der Gemeinen gegen das Herrenhaus ein (Bravo!) und die Herren Minister selbst scheinen das Abgeordnetenhaus als die höchste Macht im Staate anzuerkennen. (Bravo!) Es bekundet diese Gestalt, daß die Minister die Führung ihrer Partei verloren haben. (Bravo!) Das Herrenhaus soll nur ein Votum abgeben; es werde zu bedenken haben, daß dieses Votum dem Recht des Hauses keinen Eintrag thut. (Bravo!) Er und seine Freunde werden zu § 1 mit Ja stimmen, ein weiteres Votum sich aber bis zur Schlussabstimmung vorbehalten. Bleiben wir in der Minorität, so werden wir uns zu erinnern wissen, daß Niederlagen schon öfter Siegen gewesen sind. (Bravo!)

Der Finanzminister von Patow gegen die Ausführung des Dr. Stahl.

Graf Rittberg und Herr Hasselbach für die Vorlage.

Dr. Brüggemann für die Vorlagen.

Die Generaldiskussion ist geschlossen, die Sitzung wird auf morgen vertagt.

45. Sitzung des Abgeordneten-Hauses am 3. Mai.

Präsident Herr Dr. Simson. Am Ministerische die Herren: Graf Schwerin, ein Regierungs-Commissar.

1. Geschäftsordnungscommission ist, Behufs Vorberathung des Antrages des Abg. Dr. Simson, die Abänderung der Geschäftsordnung betreffend, um folgende 7 Mitglieder verstärkt worden: Osterrath, von Rosenbergh, Lipitzky, Bürgers, Dr. Bessler, Lamrau, v. Berg, Gätler. Das Haus scheidet in der Berathung über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung und Ergänzung der Städteordnung fort. Zur Einleitung und Art 1. sind Amendements nicht gestellt. Die Diskussion geht auf § 5 über, zu welchem Abänderungen vom Freiherrn v. Vinde vorgebracht sind (s. unten).

Herr Dr. Waldeck, der leider unverständlich bleibt, scheint von der Westphalenschen Gesetzgebung zu sprechen.

Herr Dr. Gneist constatirt, daß die Grundanschauungen über die

Zantse-Kiang und in geringer Entfernung von der Küste liegen, und an den folgenden Tagen quälten wir uns nun gegen widrigen Wind und gegen einen meist widrigen Strom, um, indem wir stets ankerten, wann die Gelegenheit zu ungünstig wurde, aufzutreiben.

Drei Tage später sahen wir eine Lootsen-Diskante auf uns zukommen, und nachdem wir beigedreht hatten und die Diskante unter viel Schrei und noch großer Verwirrung unter ihrer häßlichen Bemalung langsam gekommen war, sprang aus derselben eine Figur an Deck unseres Schiffes, widerwärtig und abenteuervoll genug, um für den Geist des ekelhaften Meeres gesten zu können, dem sie gewissermaßen entflohen war. Es war ein beinahe 6 Fuß hoher und verhältnismäßig breiter Chinese mit einem widrig gelben Gesicht, kleinen schief stehenden Augen, eingedrückter platter Nase und mangelhaften schlechten Zähnen. Auf dem Kopfe trug er einen breitkrämpigen Filzhut, dessen Krämpen indessen nach oben geflappt waren, weil er ihn mit seinem langen Kopfe festgebunden hatte, und sein Leib steckte in einem langen Gewande, wie in einem schmutzigen, fettigen grauen Schlafrock, und über diesem hatte er noch zwei Jacken aus Schaffell angezogen, eine länger als die andere. Diese schwere Erscheinung wurde von zwei Weibern getragen, deren mangelhafte Unterscheidungen an der Construction eines Affen erriethen, und die Füße derselben steckten in schweren, mit langen eisernen Nägeln beschlagenen Stiefeln; kurz der ganze Mann sah aus, wie ein entsetzlicher wandelnder Alp und wäre geeignet gewesen, Kinder damit zu Bett zu treiben, wenn der Schlaf derselben in diesem Falle nicht durch schreckliche Träume hätte gestört werden müssen. Bei alledem war er ein guter Lootse und brachte die „Thetis“ am 3. Mai Morgens glücklich in Woosung, dem Vorhafen von Shanghai, zu Anker, und hierüber, so wie über beide genannten Orte, werde ich in meinem nächsten Schreiben sprechen, weil mir heute die Zeit mangelt.

Städteordnung weit auseinandergehen; die Commission habe die Grundeigentümer vergessen und dieses Vergessen werde durch das Vinde'sche Amendement nicht gut gemacht; je kleiner die Stadt, desto größer die Anzahl der Mieter und doch seien fast alle Communalämter in den Händen von Eigenthümern; ein willkürlicher Census giebt aber den kleinen Mietern ein unverhältnismäßiges Uebergewicht über die Eigenthümer, die fünf mal so viel Steuern zahlen. Das Amendement beseitigt schon die Vorläge der Commission, hilft aber dem Uebelstand nicht ab. Was die Bildung betrifft, welcher die Commission erwähnt, so kann es sich bei Uebnahme von Communalämtern nicht um literarische Bildung handeln; die zu solchen Ämtern notwendige Bildung lernt sich erst durch das Befassen mit Communalangelegenheiten. Das Bürgerrecht nach dem Einkommen zu fixiren, ist practisch unausführbar; bei der Frage, ob jemand das Bürgerrecht haben, oder rechtlos sein soll, legt man damit die ganze Entscheidung in die Hände der Abschätzungs-Commission und das ist bedenklich. Die Städteordnung von 1808 kannte allerdings Bürger und Schutzverwandte, aber nicht in der Art, daß der eine nur Rechte, der andere ganz rechtlos war in der Commune; mit der Einführung des vorgeschlagenen Census nimmt man tausenden von Wählern das Stimmrecht, das sie nun einmal haben, wieder weg.

Der Freiherr v. Vinde (Hagen). Die Herren Waldeck und Gneist haben sich ein ideelles Schlachtfeld gewählt; Herr Waldeck spricht fortwährend von Stein'scher Gesetzgebung, in diesem Gesetze ist aber vom Census ausdrücklich die Rede mit dem Unterschiede, daß der Census jetzt hier und da erhöht ist, und von dem Westphalenschen Gesetze unterscheiden sich die heutigen Vorläge dadurch, daß die geheime Abstammung beantragt wird. Die ökonomische Selbstständigkeit bietet eine Garantie für die Selbstständigkeit der Wähler, der Census sichert ein dauerndes, bleibendes Interesse für die Commune, welches die fluctuierende Bevölkerung nicht haben könne.

Herr Waldeck. Nicht verstanden!

Der Präsident. Ich bitte nicht zu unterbrechen.

Herr v. Vinde. Wenn Sie mir antworten wollen, Herr Abg. Waldeck! so antworten Sie mir nachher, aber unterbrechen Sie mich nicht, dazu haben Sie keine Berechtigung. (fährt fort): Die Vorläge, die ich gemacht, mögen den Vorwurf verdienen, daß die Grenzen zu mächtig gezogen sind. Freilich hätte man zuerst mit dem Wahlrecht beginnen und dann die Qualifikation zu den Ämtern daraus schließen sollen. Die Einwendungen des Herrn Gneist betreffend, so sind sie leicht zu widerlegen; es giebt kein facultatives Bürgerrecht in der Städteordnung von 1808 unabhängig vom Einkommen. Die statistischen Notizen hätte Herr Gneist besser der Commission zur Prüfung übergeben sollen, im Hause kann man sich daraus kein Urtheil bilden. Ist es möglich, die Klassensteuer zu veranlassen, so ist es auch für das Einkommen möglich; nur Professoren mögen da Schwierigkeiten finden, gewöhnliche Communalbeamten werden damit leicht fertig werden; Herr Gneist hat viel Doctrinäres, Theoretisches gesagt, aber keine practischen Vorläge gemacht; er hat nicht gesagt, was er will, ob das allgemeine Wahlrecht oder etwas Anderes. In England ist der Census auch; da muß man in der Stadt eine gewisse Miete, auf dem Lande eine gewisse Pacht zahlen. Das Dreiklassensystem ist der Catechismus des practischen Communismus. Nur der Census ist hier anwendbar, vielleicht ist er zu niedrig gegriffen, er kann aber sehr gut in 10 Jahren erhöht werden. Gerade der Census wird ein Sporn zum Fleiß, zur Sparsamkeit werden, wenn er die Bedingung für die Ausübung des politischen Wahlrechts wird; der Census ist also ein edelconservatives Mittel. Wir bewegen uns so auf dem Standpunkte Steins; und übrigens handelt es sich hier gar nicht um die Ausübung des Wahlrechts.

Herr Schweitzer erklärt sich einverstanden mit den Ausführungen des Abg. Gneist, der die Petition des Magistrats von Berlin vor Augen gehabt zu haben scheint; dem Census des Herrn v. Vinde ist auch beizutreten; je höher, je besser. Das alte corporative Leben sei eine ganz ideale Sache gewesen. Ich habe man gar keine Bürger mehr, keine Stadtbewohner, sondern alles sei ein großer Uebel. Früher sei es eine Ehre, eine Bevorzugung gewesen, Bürger zu sein, das Bürgerrecht auszuüben, jetzt sei alles Spiegelschetterei.

Hr. Wagener (Regenwalde): Meine politischen Freunde und ich sind im Prinzip gegen den § 5, event. aber werden wir dem Amendement Vinde zustimmen, weil hier der Hausstand wieder im § 5 aufgenommen wird. Entschieden müßte man sich aber gegen die Erhöhung des Census erklären. Geldwerte Leistungen müssen in einem Verhältnis zu einer Leistung in der Commune stehen, aber die vage Einkommensteuer ist doch noch schlechter als das jetzt bestehende Verfahren. Abänderungen müssen als besser dargethan werden. Es gereicht uns zur Befriedigung, aus dem Munde des Herrn Waldeck, wie aus dem des Herrn v. Vinde die Westphalenschen Städteordnung lob zu hören; dagegen muß ich Herrn v. Vinde darin widersprechen, daß der Commissionsvorschlag den Vorzug verdient vor dem Dreiklassensystem. Nichts ist gefährlicher, als unter dem Census eine rechtlose Masse zu etablieren — das wäre bedenkliche Blutspaltung. Es ist gefährlich, den Unterschied zwischen Arm und Reich auf das politische Gebiet zu übertragen, und das würde geschehen, wenn man das politische Recht von einem Census abhängen lassen will, unter welchem das alte aufhört. Beim Dreiklassensystem überhebe man nicht die zweite Klasse, den Regulator zwischen der ersten und dritten Klasse, der Regulator zwischen dem Besitz und der Arbeit. Will man aber durchaus ändern, dann ist die Ausdehnung des Urmahlersystems auf die Städte, der Einführung einer unendlichen Einkommensteuer vorzuziehen. Was bedeutet ferner im § 5 das Wort „befreit“, doch nichts anderes als ausgeschlossen? Befreit ist, wer befreit sein will; es erscheint widersinnig, wenn Personen gewählt werden können, die vom positiven Wahlrecht ausgeschlossen sind. Ich würde in diesem § den Zusatz empfehlen: Befreit sind diejenigen Personen, welche befreit sein wollen.

Hr. Schulze (Berlin.) Es ist unthunlich und verkehrt, einem Arbeiter Einfluß durch ein Gesetz zu geben, es ist aber auch unnütz, durch ein Gesetz etwas künstlich einzuführen, was nicht besteht. Die politische sociale Gleichmacherei verweist man hier mit der politischen Gleichmacherei. Das beste Mittel, den unberechtigten Einfluß von oben her zu brechen, ist die Einführung des allgemeinen Stimmrechts. Man verwirft das Dreiklassensystem, aber es ist keine Abhilfe, vielen Leuten das Wahlrecht ganz zu nehmen — das Censuswahlsystem ist das letzte Mittel; es ist beschränkt nicht, es hebt auf. Es ist ein conservatives Mittel, und für diese Maßregeln stimmen wir nicht.

Der Reg.-Commissarius. Gerade deshalb habe die Regierung die Codification von der Hand gewiesen, weil über den wichtigsten Punkt, das Wahlrecht, noch keine Klarheit herrsche. Was heute gesprochen wird, bestärkt die Regierung in ihrer Ansicht; sie will die Verwerfung des § 5 nach dem Commissionsvorschlag und nach dem Amendement Vinde; alle Redner haben direct oder indirect, mit Willen oder gegen ihren Willen für die Ansichten der Regierung sich ausgesprochen. Nach Herrn Gneist sollen die Steuerkraft, das Amt, das Grundeigenthum, der Hausstand, für das Wahlrecht maßgebend sein; diese vier Factoren finden sich in der Städteordnung von 1808. Gegen das Dreiklassensystem ist kein irgend erheblicher Beweis vorgebracht worden; es ist das relativ beste, und noch kein Vorschlag ist mit Sicherheit hingestellt worden, um dies System zu verbessern.

Dr. Gneist vertheidigt sich gegen alle ihm gemachten Vorwürfe; er habe dem Herrn v. Vinde das Material zu Gebote gestellt; hier sind nur Abgeordnete, die leichten Wege, die aus einem Antisittel herguleiten könnten, scheinen im Hause nicht am Plage zu sein. Wenn Herr v. Vinde ferner meinen Vortrag für leere Declamationen erklärt, so bitte ich ihn um eine Satisfaction: er möge diese Worte im stenographischen Bericht unterzeichnen, damit die Leser hinterdrein meinen Bericht lesen und den Unterschied zwischen dem, was ich und dem was er gesagt hat, herausfinden. Dr. Lette vertheidigt das Amendement Vinde. Hr. Waldeck: Ich habe denselben Paragraphen, den Herr v. Vinde meint, wörtlich gelesen, ich habe aber die Stein'sche Gesetzgebung nicht mit der Westphalenschen verglichen — das wäre eine zu große Ehre für letztere. Hr. v. Vinde antwortet dem Herrn Waldeck, Gneist, Wagener; er will auch dem Minister Westphalen nicht die Ehre eines Vergleichs mit Stein erweisen; der Minister Graf Schwerin bittet, alle auf Abänderung des Wahlgesetzes hinzuleitenden Anträge abzulehnen.

Hr. v. Forkenbedt ist für Beibehaltung des Dreiklassensystems, weil es für jetzt durch nichts Besseres ersetzt werden kann.

Bei der Abstimmung wird der Paragraph Alinea 2 mit dem Amendement Vinde-Duncker abgelehnt, d. s. Alinea 3 mit dem Amendement Vinde angenommen, der Paragraph 5 ist nach den Commission's-Vorschlägen abgelehnt und dem gemäß gefallen. Mit § 5. ist auch § 6. gefallen und das Haus tritt in die Debatten zu § 11: statutarische Anordnungen.

Herr Wagener will an der alten Städteordnung festhalten. Wer sociale Gleichmacherei treibt, tritt auf politische Gleichberechtigung, das ist nur ein Schattenspiel an der Wand. Im Census ist kein Universalmittel gefunden. In England besteht die allgemeine Militärpflicht; vier Thaler Klassensteuer ist wenig, Leib und Leben als Soldat aufs Spiel setzen, ist schwerer; und einem Menschen, der vier Thaler Klassensteuer geben kann, Rechte geben, dem Soldaten Rechte nehmen, das ist ungerecht. An der Discussion theilnehmen sich die Herren Waldeck, v. Vinde, Lette, Meidenperger (Geldern). Schulze (Berlin) verwarft sich dagegen, daß man den nacten Menschen an sich aufasse; er sei Träger socialer Interessen; abgestorbene sociale Interessen, die keine Berechtigung haben, bedürfen einer Nachhilfe, lebende Interessen können diese Interessen entbehren. Der Handwerksmann würde sich schaden, wenn er sich verrotteter Institute, stumpf gewordener Waffen bediente; das führt er auch. Der Mensch des Plato ist ein gerupfter genannt worden; wir wollen nichts dazu beitragen, daß er durch Vererbung der bürgerlichen Rechte zum Theil gerupft werde. Herr Wagner (Regenwalde) daß Herr Waldeck sich gegen die Genossenschaft aussprechen werde, war mir nicht zweifelhaft; es wäre die Mühe unnütz, ihn befehlen zu wollen. Vom Landeshandwerkertage mit solcher Geringschätzung sprechen, ist unredt, in dem Handwerkertage findet sich eine große Portion von Intelligenz, aber die Herren können allem, was Handwerker heißt, mit souveräner Verachtung entgegen (Murren!) Von dem Präsidenten wegen dieses Ausdrucks unterbrochen, erklärt er, daß er dergleichen zwar nicht mehr brauchen wolle, daß er ihm aber noch milder scheine, als der gegen ihn gebrauchte: Thralen. Wir wollen keine Wiederbelebung verrotteter Interessen, sondern die Aufrechterhaltung socialer wohlthätiger Interessen.

Hr. v. Blankenburg beklagt sich über die vorliegende Art des Herrn von Vinde von der Fraktion da oben (Blankenburg) zu sprechen: Hier gelte das Wort: Ja-Bauer, das ist etwas ganz anders. Wenn er etwas von Stadtrath sage, so ist das nicht parlamentarisch, wenn Vinde dem Gneist den Professortitel vorwirft, so ist das parlamentarisch u. s. w. In Art. 2. des Art. 11 ist ein Kern, aus dem ein Baum wachsen kann: es giebt keine Verpflichtung den Kern zu zerstören. Herr v. Vinde entgegnet auf die vorigen Angriffe. Nächste Sitzung Montag. Fortsetzung der Debatte.

* Zu der Novelle, die Abänderung und Ergänzung der Städteordnung für die 6 städtischen Provinzen betreffend, sind mehrere Amendements gestellt worden und es liegen uns vor die Amendements 1. des Herrn v. Vinde und Genossen, das zweite Alinea des § 5 wie folgt zu fassen: Befreit von dieser Verpflichtung sind diejenigen Einwohner, welche nicht Hausbesitzer im Stadtbezirk sind, so wie diejenigen Hausbesitzer, welche: — in Städten von mehr als 50000 Einwohner weniger als 400 Thlr., in Städten von 20—50000 Einwohner weniger als 300 Thlr., in Städten von 10—20000 Einw. weniger als 250 Thlr., in Städten unter 10000 Einw. weniger als 200 Thlr. jährliches Einkommen haben;

2. im Alinea 3 des § 5 hinter dem Worte „betrachtet“ einzufügen: „der einen eigenen Hausstand hat“; 3. das erste Alinea des § 16 so zu fassen: Zum Zwecke der Wahl der Stadtverordneten kann jede Stadt von mehr als 2000 Einwohner in verschiedene Bezirke getheilt werden; 4. im § 23 Alinea 1 hinter dem Worte: „Deputirten“ einzufügen: „als Stellvertreter des Wahlvorstehers“; 5. das Alinea 1 des § 24 zu fassen: „die Wahl der Stadtverordneten erfolgt durch verdeckte, im Wahllokal durch die Wähler zu beschreibende Stimmzettel. Schreibensunkundige lassen ihren Stimmzettel durch ein Mitglied des Wahlvorstandes im Wahllokal beschreiben.“

Praktisches.

* Berlin, 3. Mai. 31 den Grundsteuer-Vorlagen sind Verbesserungsanträge eingegangen: 26 von den Herren Camphausen (Berlin), Herzog v. Ratibor, Fürst Hohenlohe-Schringen, Hasselbach und 63 Genossen und 2, eins von Herrn v. Gaffron und 20 Genossen.

— (Nat. Z.) Wie den „Hamb. Nachr.“ von hier „aus guter Quelle“ berichtet wird, ist der mehrerwähnte Artikel der „Prf. Z.“ über die Differenz zwischen Stadt und Polizei von einem bekannten Beamten des Königl. Polizei-Präsidiums verfaßt. Wenn der Herr Minister des Innern von jener Seite her die Stellung der Regierung zu der schwebenden Frage in dem halb-offiziellen Organ erklären läßt, so ist freilich seine Solidarität für das gegenwärtige Stadium von vorne herein eben so festgestellt, wie in dem früheren durch die bekannte demonstrative Gratifikation an Herrn Oberst Pagge. Da doch eine gerichtliche Untersuchung bevorstehen soll, so würde wohl eine größere Zurückhaltung angemessen sein.

— Der in Rizza kürzlich verstorbene hochbetagte Fürst von Salza-Dyl richtete noch kurz vor seinem Tode ein Schreiben an den König von Preußen, in welchem folgende Stelle vorkommt: „Sire, unser Herrnhäuser gehört nicht mehr in dieses Jahrhundert, dasselbe repräsentirt eine Welt von Jenen, die nicht mehr aufkommen können.“

— Gestern früh zwischen 2—3 Uhr trug sich hier ein wahrhaft tragisches Ereignis zu. Die Nemesis ereilte einen Raubmörder, bevor er das schwarze Werk, das er begonnen, vollendet hatte. Nach vollbrachtem Einbruch in die Wohnung des bejahrten Hrn. H. in der Neuenburger Straße und nachdem er bereits mehrere Silber- und Goldsachen seinen Felleisen durch ein Fenster auf die Straße hinab zugeworfen hatte, verlegte er das erwachte Hrn. H. Dieses wehrte sich wirklich heldenmüthig, rief aus dem Fenster um Hilfe, die auch von einem Vorübergehenden mit lauter Stimme zugesagt wurde. Dies bewog den Raubmörder zur Flucht; er wollte sich, mit den Händen sich am Fenster haltend, auf die Straße niederlassen (Hrn. H. bewohnt das erste Stock), vollbrachte den Sprung, stieß aber mit den Füßen auf ein Gefäß über der Hausthür, schlug um und fiel, mit dem Kopfe voran, auf das Trottoir und zerstückelte sich den Hirnschädel. Im Blute schwimmend gefunden, wurde er in die Charité gebracht.

Posen, 1. Mai. In einer heute hier stattgefundenen Generalversammlung der Mitglieder des geselligen Vereins der deutschen Landwirthe unserer Provinz wurde folgendes Programm dieses Vereins, der sich nun „Verein der deutschen Landwirthe der Provinz Posen“ nennt, einstimmig angenommen:

„Die heute versammelten Mitglieder des Vereins der deutschen Landwirthe der Provinz Posen, welche sich als die Vertreter der deutschen ländlichen Bevölkerung der Provinz Posen betrachten, fühlen sich durch die Anträge der Abgeordneten polnischen Nationalität beim Landtage, so wie durch die fortgesetzte Agitation sowohl in unserer Provinz, wie auch in der Presse gedrungen, nachstehende Erklärung abzugeben, um einer irrigen Auffassung der biesigen Verhältnisse vorzubeugen: 1) Die den Polen im Jahre 1815 gemachten Zusicherungen sind von der Königl. Regierung nicht nur auf das Gewissenhafteste erfüllt worden, sondern unser König und Herr hat ihnen sogar, nachdem sie durch bewaffneten Aufruhr derselben verlustig geworden, aus Gnade dieselben unverlürzt erhalten. 2) Die Deutschen haben durch eigene Anstrengung ihren Boden von den früheren Besitzern, welche sich darauf nicht erhalten und denselben durch eigene Kraft nicht wieder gewinnen konnten, erworben. Sie haben durch ihre Anstrengung in der biesigen Provinz ihre Nationalität nicht aufgegeben, sondern ihr deutsches Vaterland erweitert. 3) Die Bestrebungen, welche auf eine politische Sonderstellung der Provinz im polnischen Interesse gerichtet sind, haben zum letzten Ziele die völlige Losreißung der Provinz vom preussischen Staate und die Unterdrückung der deutschen Nationalität in derselben, sind also dem preussischen Staatsrechte und seinen Gesetzen entgegen. 4) Diese Bestrebungen geben nur von einer Minorität, aus der Mitte des polnischen Adels und der Geistlichkeit, die fremden Einflüssen unterworfen, aus; sie stehen sowohl mit den Wünschen der deutschen Bevölkerung, als auch mit der Majorität der polnischen im Widerspruch, welche ihr Heil nur in einem einheitlichen Zusammenhange mit dem preussischen Staate finden. 5) Die Deutschen wollen zwar keine Beeinträchtigung der polnischen Nationalität, aber sie werden derselben als eine gesetzwidrige Partei gegenüber bekämpfen, bis die loyale Partei der Polen die Kraft gehabt haben wird, sich als gute preussische Unterthanen zu erklären und die Unabständigkeit unserer Provinz vom preussischen Staate anerkennen.“

Alsdann legte der Vorstand der Versammlung eine Petition an das Staatsministerium vor, welche die Mittel und Wege an-

100

Freireligiöse Gemeinde.
Sonntag, den 5. Mai c., Vormittags
10 Uhr, religiöse Erbauung im Saale des Gewer-
behäuses. Predigt Herr Prediger Rüdner.

Die heute Abends 7 Uhr erfolgte glückliche
Entbindung seiner lieben Frau Rose, geb. von
Tewenar von einem gesunden Mädchen zeigt er-
gebenst an
Kaspe, den 3. Mai 1861.

Joh. Boy.

Befanntmachung

Bei der großen Zahl von Orten, welche in den
Vereinigten Staaten von Nordamerika gleich, oder
ähnlich lautende Namen haben, ist es für die rich-
tige Expedition und die sichere Beförderung der
dorthin bestimmten Briefe erforderlich, daß auf der
Adresse neben dem Bestimmungsorte der Staat, und
womöglich auch der Kreis (County), in welchem der
Ort gelegen ist, angegeben werde.

Es liegt im eigenen Interesse der Corresponden-
ten, diesem Erfordernisse zu genügen, indem
sonst leicht der Fall eintreten kann, daß die Be-
förderung und Bestellung der Briefe verzögert wird,
oder daß dieselben überhaupt nicht an ihre Be-
stimmung gelangen.

Berlin, den 23. April 1861.

General-Post-Amt.
Schmücker.

Aufforderung.

An der hiesigen Realschule erster Ordnung zu
St. Petri ist die Stelle eines wissenschaftlichen
Hilfslehrers schleunigst zu besetzen, und fordern wir
demnach philologisch gebildete Schulmänner, welche
das Examen pro facultate docendi vor einer Preu-
ßischen Prüfungs-Commission bestanden haben, zur
Bewerbung um dieselbe hierdurch mit dem Be-
merkens auf, daß sie ein Jahresgehalt von 500 M.
genährt und wir Meldungen zu ihr spätestens bis
zum 25. dieses Monats entgegennehmen.

Danzig, den 2. Mai 1861.

Der Magistrat.

Nachbenannte hier in Elbing belegene Grundstücke:
1) Kleine Segelstraße No. 4., bestehend aus einem
unmittelbar am Elbingfluß gelegenen
Speicher und großem Hofraum, Wohnhaus u.
H. Garten;

Das Grundstück gewährt seiner sehr günstigen
Lage wegen bedeutende Vortheile, und eignet
sich vorzüglich zu jeder Fabrikanlage.

2) Der Stöhr-Speicher auf der Speicherinsel,
Berlinerthorstraße, belegen,
3) Der Al. Amerikaner-Speicher, nebst Hofraum,
auf welchem sich ein wasserreicher Brunnen zc.
befindet, auf der Speicherinsel, Todtenstraße
belegen,

sollen wegen Wohnortveränderung des Eigen-
thümers verkauft werden und habe ich zu dem
Zweck auf

Dienstag, den 7. Mai c. um 10
Uhr Vormittags

in meinem Geschäfts-Zimmer heilige Geistsstraße 39,
einen Termin angesetzt, zu welchem ich Kauflustige
hiermit einlade.

Elbing, im April 1861.

Schüler,

Justiz-Rath, Rechts-Anwalt und Notar. [4214]

Offene Stellen. Die Zeitung „Bacan-
zen-Viste“ welche alle
Dienstage erscheint, beschäftigt sich ausschließlich damit,
wirklich offene Stellen für Lehrer aller Fächer,
Gouvernanten Commis, Buchhalter zc., De-
conomen, Forstbeamte, Wirtschaftserinnen,
Arzte, Cameral- und Communal-Beamte,
Apotheker, Chemiker, Techniker, Musiker,
Lithographen, Werkführer in allen Branchen zc.
zc., so nachzuweisen, daß sich jeder Abonnent ohne
Zweifel bewerben kann. — Das Abonnement kostet
pro Monat 1 Thlr., pro 3 Monate 2 Thlr. bei freo.
Zufendung per Post in A. Netemeyer's Expedition
in Berlin, Kurfürst. 50.

Die Aufnahme offener Stellen geschieht gratis
und wird um Mittheilung derselben dringend gebeten.
Abonnements-Bestellungen werden für
Danzig und Umgebung in der Exp. d. Danz. Ztg.
angenommen.

Gulers Leihbibliothek

Langgasse 40,

dem Rathhause gegenüber, stets mit den neuesten
Erscheinungen der Literatur fortirt, empfiehlt sich
zum geneigten Abonnement. [4028]

Mein engros-Lager von ächtem Patent-Port-
land-Cement von Robins u. Co. in London, engl.
Chamottsteinen in verschied. Marken, Chamott-
Thon, verschiedene Sorten von feuerfestem Thon, na-
türlichem Asphalt-Seißel, Goudron de Bastonnes,
engl. Steinkohlen-Theer u. Pech, gemahlenem
Loß engl. rot. Verhalt-Dachpfl., asphalt. Dach-
pappe, engl. Dachziegel und Schieferplatten,
Dachglas, Glas-Dachpfannen, engl. glasirten
Thonröhren, die sich in hiesiger Gegend seit
mehreren Jahren zu Wasserleitungen, Eielen, Kloak-
abführungen v. dgl. praktisch bewährt haben,
schmiedeeis. Gas- u. Wasserleitungs-Röh-
ren, gepreßten Blei-Röhren, gelbem u. brau-
nem Harz, Steinkohlen, Fensterglas zc. zc.
empfehle billigt

E. A. Lindenberg,
Comtoir: Jopengasse 66,

Ca. 10) Weidenfälschen sollen am

15. Mai a. c. 2 Uhr Nachmittags,
im Grodek'schen Gasthause zu St. Falkenau
meistbietet verkauft werden.

Die Verkaufsbedingungen sind jederzeit einzu-
sehen bei dem Hofbesitzer Friedrich Walzer in
Neu-Wiesland pr. Meise.

1/2 und 3/4 zöllige Kron-Dielen, 24 Fuß
lang, ganz trocken und streng sortirt, sind
zu haben. Näheres bei

Biber & Henkler,
Brodbäckergasse 13.

Die Magdeburger Hagelversicherungs-Gesellschaft, Grund-Capital: Drei Millionen Thaler,

in 6000 Stück Actien, wovon bis jetzt 3001 Stück emittirt sind,

versichert Bodenerzeugnisse aller Art gegen Hagelschaden zu festen Prämien. Nachschuß-
zahlungen finden nicht statt. Die Entschädigungs-Beträge werden spätestens binnen Mo-
natsfrist nach Feststellung derselben voll ausgezahlt; für die prompte Erfüllung dieser Ver-
pflichtung bürgt der bedeutende Geschäftsumfang und das Grund-Capital der Gesellschaft.

Seit ihrem siebenjährigen Bestehen hat die Gesellschaft 23,496 Versicherungen abgeschlossen und
2,195,456 Thlr. Entschädigung gezahlt.

Nachbenannte Herren Haupt-Agenten und Agenten nehmen Versicherungs-Anträge gerne entgegen,
und werden jede weitere Auskunft bereitwilligst erteilen und zwar:

in Baldeburg Herr J. Klier,	„ Lötzen „ C. Michalowsky,
„ Berent „ J. Stark,	„ Lauenburg „ W. Weichert,
„ Briesen „ A. Lindenhain,	„ Marienburg „ G. Wendt,
„ Bischofswerder „ A. Rostock,	„ Marienfelde „ G. Grütner,
„ Carthaus „ A. Riber,	„ Meise „ C. A. Schmidt,
„ Conis „ J. Beerwald,	„ Neustadt „ E. Volkmann,
„ Czersk „ v. Gierzewsky,	„ Neudorf „ Friedrich,
„ Culm „ S. G. Lazars,	„ Neumark „ A. Meinhold,
„ Dt. Crone „ S. G. Renmann,	„ Neuenburg „ H. Ehrhardt,
„ Christburg „ J. G. Wasternack,	„ Pusia „ A. Weckerle,
„ Culmsee „ C. Wittenberg,	„ Pölsin „ Th. Böttner,
„ Danzig „ Carl H. Zimmermann,	„ Popowo „ Stobon,
„ do. „ C. A. Kleefeld,	„ Rheden „ J. Gabriel,
„ Dirschau „ Ph. Lebestein,	„ Riesenburg „ C. Neubert,
„ Elbing „ C. Sablotny,	„ Rosenburg „ Kowalsky,
„ do. der unterj. Herm. Ahrnsdorf,	„ Schöneck „ N. Viera,
„ Dt. Eylau Herr J. Heinemann,	„ Schönbaum „ C. Behrendt,
„ Flatow „ W. Koch,	„ Stargard „ A. Neiß,
„ M. Friedland „ R. Lindenberg,	„ Schlopp „ M. Rosenberg,
„ Krenshadt „ C. Krebs,	„ Schlochau „ F. C. Speisiger,
„ Pr. Friedland „ L. Schmidt,	„ Schwick „ A. Hoffmann,
„ Glabitsch „ E. Galt,	„ Straßburg „ G. Grünwald,
„ Gmitz „ E. Galt,	„ Stuhm „ B. Kirchner,
„ Grandenz „ G. Scharfowius,	„ Thi. rgart „ C. W. Morsfeld,
„ Gollub „ W. Wolfmer,	„ Tiegenhof „ H. Renfeldt,
„ Gorzenica „ v. d. Goltz,	„ Thoen „ N. Werner,
„ Hammerstein „ C. J. Rickan,	„ Tschel „ A. Nies,
„ Jastrów „ J. A. Borchardt,	„ Tüs „ N. Böcker,
„ Krojanke „ A. Luther,	„ Vandsburg „ M. Herrmann,
„ Kittenow „ v. Fragstein,	„ Widlis „ Lang,
„ Kowalewo „ Dr. Kirchner,	„ Zempelburg „ C. Janz.

Elbing, den 30. April 1861.

Herm. Ahrnsdorf,

General-Agent für Ost- und Westpreußen.

Englische glasirte Steinröhren,

dauerhaft und gleichzeitig um 30-75% billiger als eiserne Röhren.

Die von mir in 2-18 Zoll Durchmesser geführten Steinröhren von unübertroffener Güte, empfehle
ich als vorzüglich zweckmäßig und billig zu Wasserleitungen aller Art, zu Durchläßen u. Ueberbrückun-
gen, Eielen und Abflüssen bei allen Wegebauten, zu Wasserleitungen in Brennereien und Brauereien,
zu Leitungen änder Flüssigkeiten, zu Zander-Leitungen, sowie zu Gas-, Dampf- und Wärmeleitun-
gen, endlich zu kleinen Schornsteinen und ruffischen Röhren. Preis-Courante und Proben sende ich auf
portofreie Anforderungen gratis ein. [4280]

Hugo Scheller, Danzig Hundegasse 29.

Vorzüglich reineschmeckende Caffee's, Zucker, Reis und Pflaumen in allen Qualitäten
empfehle zu äußerst soliden Preisen

Herm. Gronau, Gr. Wollwebergasse 3.

Schönen Emmenthaler Schweizer-, Edamer-, Parmesan-, Kräuter-, Limburger-
und Werderkäse empfiehlt

Herm. Gronau.

Delicatessewaaren bester Qualität empfiehlt ergebenst

Herm. Gronau, Gr. Wollwebergasse 3.

1857er Rheinweine in vorzüglichen Marken, äußerst preiswürdig, empfiehlt
Herm. Gronau, Gr. Wollwebergasse 3.

Selterser- und Sodawasser aus der Fabrik von H. Behring,
Elbing, empfiehlt
Herm. Gronau, Gr. Wollwebergasse 3.

Auktion über ein Fuhrwerk's- Inventarium.

Mittwoch, den 8. Mai c., Vormittags
9 Uhr, soll in den Grundstücken Karrengasse
No. 3. u. 4. das zum Nachlasse des Fuhrherrn
Westphal gehörige Inventarium, nämlich:

4 gute Wagenpferde, 5 Arbeitspferde,
1 Jagdwagen, 1 Familienwagen, 1 Jagd-
schlitten, 2 Unterschlitten, 9 Arbeitswagen
mit Leitern und Broden, 2 Rollwagen, ein
Kastenwagen, 5 Wagenkasten zu Torf- und
Steintohlen, 4 Kuschlitten, ferner 11 Paar
Blatt- und Arbeitsgeschirre, Reit- und Ar-
beitsattel, 1 Hädelmaschine, Futterkasten,
Stalleimer, Wagenräder, Leitern, Krippen,
diverse Ketten, Eisenwerk, Pflugzeug und
Stallutensilien

mit zweimonatlicher Stundungsfrist für bekannte
Käufer, versteigert werden, wozu einlade.
[4374] Rothwanger, Auktionator.

Notarie-Loose 1/1, 1/2, 1/4, Klasse abzulassen Briefe
an N. Hille, Bibliothek Schleuse 1. in Berlin.

Den 13. und 14. Juni d. J.

beginnt die Ziehung erster Abtheilung der vom
Staate garantirten 5ften Braunschweigischen Prä-
mienziehung, welche in 6 Abtheilungen eingetheilt
ist. Die größte Prämie ist event.

100,000 Thlr. Pr. Cert.

1 à 60,000,	1 à 40,000,	1 à 20,000,	1 à 10,000,
1 à 5000,	6 à 4000,	1 à 3000,	1 à 2500,
3 à 2000,	5 à 1500,	5 à 1200,	35 à 1000,
43 à 400,	5 à 300,	63 à 200,	123 à 00,
5 à 70,	15 à 60,	220 à 50,	9363,

zu dieser höchst vortheilhaften Prämien-Ziehung
empfehle die unterzeichnete Original-Actien zu fol-
genden Preisen:

Ganze Thlr. 4 Preuss. Cert.

Halbe „ 2 „ „

Viertel „ 1 „ „

Hamburg. „ B. Silberberg.

Engl. cryst. Soda verkauft sehr billig
J. C. Gelhorn.

Zwei neue mahagoni Bett-

gestelle, elegant gearbeitet, mit Patent-Springfeder-
Matratzen, stehen Ortseränderungshalber billig zum
Verkauf Ketterhagerthor 10, 2 Treppen.

Frischer engl. Senf ist billig zu haben
Jopengasse 57.

Ein zweijähriger Bulle echt oldenburg-
ger Race steht zum Verkauf in Lappin bei
Danzig. [4226]

Frische feinste Tisch- und Kochbutter
wird empfohlen Hundegasse 15.

Ein Gasthaus in einer Stadt bei Danzig wird
zu pachten gesucht. Adressen bittet man franco unter
N. 4352 in der Expedition dieser Ztg. abzugeben.

2 Grauschimmel, 3 Zoll, 5 J. alt,
Wagenpferde, 1 Fuchs, 6 Zoll groß, 5
J. alt, stehen Langgarten No. 62 zum
Verkauf. [4336]

Ein Geschäftshaus in Dirschau am Markt ist
zu verkaufen. Käufer mögen ihre frankirten Adressen
unter N. N. 4333 in d. Exp. d. Zeitung abgeben.

Unterricht im Malen, nach der Methode des
Herrn Jaegermann, vermittelt welcher Kinder von
9 Jahren und Erwachsene bis zum spätesten Alter,
ohne Vorkenntnisse auf Seide, Leder, Papier, Holz
Marmor, Glas zc. Blumen, Früchte, Vögel u. i. m.
in 6 Stunden malen lernen, ertheilt A. Ziegenhagen,
St. Peter-Kirchhof 8.

Proben nach oben genannter Methode ange-
fertigt liegen bei mir zur gefälligen Ansicht bereit.

Der im Winter von mir geleitete Privatun-
terricht im Turnen wird im Sommer fortge-
setzt. Die Stunden sind jedoch von Dienstag
und Freitag auf Montag und Donnerstag von
5-6 Uhr Nachmittags verlegt. Montag den
6. d. Beginn des Unterrichts. Honorar 1 Thlr.
pro Monat. Grünig, Lastadie 27.

Ein theor. u. prakt. geb., mit Rassenverw. u.
Buchführung bef. Jurist, unterm., wünscht ein Eng.
- Ges. Offert. sub J. D. in d. Exped. d. Ztg. u.
in Elbing lang. Heil. Geiststr. No. 47, 1 Tr., erb.

Agenten-Gesuch.

Die Lebensversicherungs-Gesellschaft Albert zu
London, concessionirt für die Königl. Preuss. und
Königl. Sächsischen Staaten, beabsichtigt nunmehr
tüchtige Hauptagenten und Agenten angustellen.
Gelegene Personen, die eine Caution bestellen
können und welche eine solche Agentur zu über-
nehmen wünschen, wollen sich gefälligst schriftlich
franco an den General-Bevollmächtigten dieser Ge-
sellschaft, Herrn G. Lewine in Berlin, Jäger-
straße 61 a. wenden.

Ein Gehülfe zur praktischen Leitung eines Holz-
geschäfts wird zum 1. August d. J. zu engagiren
gewünscht. Derselbe muß Zeugnisse seiner bisherigen
Leitung in diesem Geschäft, wie auch über seinen
sittlich-moralischen Lebenswandel aufzuweisen haben.
Ein Gehalt von 500 M. wird zugesichert, welches
auch noch bei Anerkennung der Tüchtigkeit
erhöht wird. Adressen hierauf nebst Abschrift
oben genannter Zeugnisse sind in der Expedition
dieser Zeitung sub Litt. A. R. 4388, ein-
zureichen. [4388]

Abschriften werden sauber u. schnell angef. u.
Adr. unt. G. B. 4378 erbet. durch d. Exp. d. Ztg.

Für ein Cigarren- und Tabak-Geschäft wird
ein tüchtiger Commis zu engagiren gewünscht durch
den Kaufmann W. Matthies, Berlin.

Ich bin vom 1. Mai d. J. ab zum Rechts-
Anwalt und Notar beim hiesigen Stadt-Gericht
ernannt worden. Mein Bureau befindet sich dem-
nächst in der Post-Straße No. 20a, 1 Treppe.
Berlin, den 28. April 1861.

Dr. Golz, Stadtrichter.

Die zweite Vorlesung

zum Besten der Vorarbeiten für die
Bade- und Wasch-Anstalt,
gehalten von H. Nicker über
„die Stellung der deutschen Frauen zu den
großen Tagesfragen“
findet am

Montag, den 6. Mai, Abds. 1/2 8 Uhr,
im Saale des Gewerbehäuses statt.

Eintrittskarten à 7 1/2 Sgr. sind bei Herrn Uhr-
macher Jacobien (Wollwebergasse) und bei dem
Castellan des Gewerbehäuses zu haben. Rassenpreis
10 Sgr.

Das Comité. [4356]

Concert-Anzeige.

Sonntag, den 5. Mai 1861. Im Saale
des neuen Schützenhauses, Vocal-Concert ver-
bunden mit humoristisch declamatorischen Vorträgen,
arrangirt von einigen Mitgliedern des hiesigen
Stadt-Theaters. Anfang 7 Uhr.

Familienbilletts à Person 3 Sgr., sind zu haben
in der Conditorei des Hrn. Sebastiani, Cigarren-
handlung des Hrn. Emil Hovenhagen u. Restauration
des Hrn. Lichte. Rassenpreis 5 Sgr.

Symphonie-Concert.

Heute, Sonntag, den 6. Abonnements-
Symphonie-Concert. Ouv. zu den Abencerragen
von Cherubini. Sinfonie D dur von Haydn. Ouv.
Die Naxos von Sterndale Bennett. Sinfonie
A. Dur v. Beethoven. Anfang 7 Uhr. Entree 10 Sgr.
Buchholz, Winter.

Weiß' Lokal am Olivaerthor.

Morgen, Sonntag, den 5. h.
CONCERT
von der Kapelle des Königl. 3. Gren.-Reg. No. 4.
Anfang 6 Uhr. Entree 2 1/2 Sgr.
S. Buchholz, Musikmeister.



Morgen, Sonntag, den 5. Mai:
Unwiderruflich letzte Vorstellung.

Benefiz für Frau Cäcilie aus Schweden.
Die junge Dame wird alles Mögliche ausbieten,
um dem geehrten Publikum eine recht großartige
Vorstellung vorzuführen, wie sie bisher noch von
keiner zweiten Dame gezeigt worden.
G. Kreutzberg.

Angekommene Fremde.

Am 4. Mai.

Englisches Haus: Witmeier v. d. Groeben
aus Pr. Stargard und Simon aus Mariensee.
Gutsbes. Holz a. Krodn. Schiffbaumeister Wit-
loff a. Elbing. Kaufm. Vo. Hardt a. Königsberg,
Wilsfang a. Bremen, Göhling a. Leipzig.

Hôtel de Berlin: Witte, gutsbesitzer Witwe aus
Wittomien. Kaufm. Hofenberg a. Leipzig. Par-
ticulier Müller a. Berlin.

Hôtel de Thorn: Gutsbes. Müller a. Posen.
Fabrikant Dittmann a. Berlin. Kaufm. Kubhoff
a. Dresden, Oekonom Hsman a. Bromberg.

Walter's Hotel: Kaufm. Samulson a. Oderode,
Starckloff aus Leipzig, Dorredo aus Bremen,
Hirschbe a. a. Nienburg, Kay a. Berlin und
Schmiedebach a. Wald. Fabrikant Hartmann a.
Pr. Stargard.

Schmeizer's Hotel: Kaufm. Traube aus Königs-
berg, Julius aus Bromberg. Particulier Rein-
hard a. Memel.

Deutsches Haus: Rentier C. Menzel a. Rogasen
und M. G. Schulte aus Trampenau. Maschinist
Schöber a. Königsberg. Gutsbesitzer Vorchard a.
Gumbinnen. Lieutenant a. D. Drecher a. Mühl-
hausen. Rentant Grottmann a. Breslau. Zimmer-
meister Uhlmann a. Rostock u. Domasche und
Güter-Agent Rosetti a. Marienburg.

Hôtel d'Oliva: Kaufm. Brichmann a. Bamberg,
Gaspari u. Jrl. Locher a. Neustadt.

Meteorologische Beobachtungen.

Observatorium der Königl. Navigationschule zu Danzig.			
Zeit	Barom.	Therm.	Wind und Wetter.
3 6	332,11	+2,9 MM.	frisch; durchbrochene
4 8	332,98	+4,2	büßige Luft, die Nacht Schnee.
12	334,17	+5,4	SEW. mäßig; durchbrochene
			Gewöl.
			S. schwach; bezogen u. Regen.

Hiezu eine Beilage.

Beilage zu No. 898 der Danziger Zeitung.

Sonnabend, den 4. Mai 1861.

Deutschland.

Berlin, 4. Mai.

— In dem Amnestie-Erlaß vom 12. Januar wird den politischen Flüchtlingen ausdrücklich „die ungehinderte Rückkehr in die Königl. Staaten“ zugesagt. Ein politischer Flüchtling war in Folge dessen nach seinem früheren Wohnorte Berlin zurückgekehrt; er glaubte, noch Preußen und Berliner zu sein. Folgender Erlaß des Kgl. Polizeipräsidenten belehrte ihn, wie der „Ztg. f. Nordd.“ von hier geschrieben wird, eines Andern: „Euer Wohlgebornen haben im Mai 1849 die preussischen Staaten ohne Paß resp. Heimatschein, also ohne die nötige Genehmigung, verlassen, und dadurch nach § 23 des Ges. vom 31. Dezember 1842 über die Erwerbung und den Verlust der Eigenschaft als Preusse, das Unterthanenrecht ebenso, wie das hiesige Domicil verloren. Bei Ihrem Wiederanzug in Berlin sind Sie daher mit Recht als Fremder angesehen und zur Lösung einer Aufenthaltsskate angehalten worden. Die allerhöchste Amnestie hebt zwar alle Folgen auf, welche sich aus einem Strafkenntnis ergeben, kann indeß selbstredend die aus den Gesetzen sich ergebenden Consequenzen nicht beseitigen. Berlin, 18. April 1861. Königl. Polizeipräsident. Abtheilung V.“ — Der Betreffende hat nunmehr eine Beschwärde beim Minister des Innern eingereicht.

— Ueber den Abbruch der Militär-Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen bringt die „Allgem. Ztg.“ eine Mittheilung, worin es heißt: „daß Preußen die Räumung der Bundesfestung Mainz von Seiten Oesterreichs verlangte, wofür es als Gegenleistung das Zurückziehen seiner Truppen aus Kastell anbot. Hierauf wollte Oesterreich nicht eingehen, und die Verhandlungen wurden, da Preußen diese Forderung festhielt, von ihm abgebrochen.“

— Der Rabbiner Philippson und eine Anzahl anderer Rabbiner hatten sich unmittelbar an Se. Maj. den König als obersten Kriegsherrn mit der Bitte um Aufhebung der Jüdischen Gesetze gewandt, womit jetzt noch der Fahnenweid der jüdischen Soldaten umgeben ist. Darauf ist folgender Befehl ergangen: „Ihre Immediatvorstellung vom 22. d. J., betreffend die anderweitige Formulierung des Japaneides für Soldaten mosaischen Glaubens, haben Se. Maj. der König nach gehaltenem Vortrage dem Kriegsministerium mit dem Auftrage zu überweisen geruht, Ihnen, in Erwiderung auf obige Eingabe zu eröffnen, daß die bezüglich Angelegenheit geregelt werden würde, sobald das gegenwärtig dem Landtag zur Verathung vorliegende Gesetz über die gerichtlichen Eide der Juden perfect geworden sei. Der diesfällige Allerhöchste Auftrag findet durch vorliegende Mittheilung seine Erledigung. Kriegsministerium. Abg. Kriegsdepartement.“

(gez.) v. Alvensleben.“

— Am 3. Dezember dieses Jahres wird wiederum eine allgemeine Volkszählung im preussischen Staate abgehalten werden, für welche von Seiten der beteiligten königlichen Centralbehörden so eben die erforderlichen vorbereitenden Anordnungen ergangen sind. Dergleichen Volkszählungen finden bekanntlich alle fünf Jahre statt; die letzte war am 3. Dezember 1856.

— In der neuesten Nummer der „Preuss. Gerichts-Zeitung“ findet sich eine Erörterung des Amnestie-Erlasses vom 12. Januar 1861, in welcher decurt wird, daß Gottfried Kinkel in Folge dieses Erlasses nicht bedingt, sondern unbedingt begnadigt sei.

— Der Major a. D. Wilhelm August von Mosch ist am Sonntag im Alter von 83 Jahren gestorben. Ein Krieger aus dem Jahre 1813, war er einer der wenigen noch lebenden alten Krieger, die einst unter Schill kämpften. Er wurde als Offizier in Stralsund, wo Schill fiel, und desselben Corps zum größten Theil aufgeführt, verwundet. Der Name des jetzt nach längeren Leiden Verstorbenen steht mit auf dem Schill-Denkmal bei Braunschweig.

Wien, 1. Mai. Lange war ich nicht in der Lage, von der augenblicklich herrschenden Stimmung so Günstiges zu berichten, als heute, da in den Nachmittagsstunden der Wortlaut der Thronrede bekannt wurde. Von der begeisterten Aufnahme, welche die kaiserlichen Worte bei den unmittelbaren Zuhörern fanden, war ich selbst Zeuge, und Sie brauchen kein amtliches Blatt zur Hand zu nehmen, um dieselbe bestätigt zu lesen. Einer so streng consequenten Ausführung der Schmettering'schen Prinzipien war man in der That nicht gewärtig, und als vollends in der Reihe der Minister auch der ungarische Hofkanzler und Graf Szécsen in den Saal traten, glaubte man, eher unbestimmt, auf neue Concessionen an den Spontanismus vorbereitende Phrasen, als dieses festgeschlossene, unzweideutige Programm einer einheitlich, liberalen Regierung hören zu sollen. Der entschieden, fast demonstrativ friedliche Ton der auf die auswärtige Politik bezüglichen Stellen, namentlich die angekündigte „Verminderung des Heeresaufwandes bei der gehofften Wiederkehr regelmäßiger internationaler Verhältnisse“ werden sicherlich auch bei Ihnen einen günstigen Eindruck machen.

England.

London, 1. Mai. In St. James Hall fand gestern unter Vorsitz des Earl von Shaftesbury ein Meeting statt, in welchem über Religions-Verfolgung in Spanien verhandelt wurde. Die Fälle, welche erörtert wurden, sind der vor einigen Jahren in Toscana vorgekommenen vielbesprochenen Madaia-Angelegenheit ähnlich. Es sollen nämlich wegen Bibelfessens Gefängnisstrafen, Vermögens-Einziehungen und Verbannungen verhängt worden sein.

— Nachdem das englische Garibaldi-Comité sich aufgelöst und die italienische Regierung sich die Zusendung fernere englischer Freiwilliger verboten hat, bildet sich hier ein neuer Verein unter dem Vorsteher des Unterhaus-Mitgliedes Crawford, der den Namen „Italian fund Committee“ führen wird und den Zweck hat, vermehrt Geldbeiträgen und der Presse an dem großen Werke der Einigung Italiens (d. h. Abzug der Franzosen aus Rom und der Verrückung der Oesterreicher aus Venetien) „auf friedlichem Theil zu nehmen.“

„Great Eastern“ tritt heute von Milford Haven Amerika an. Es heißt, daß dieses Mal mehr als 1000 Passagiere mitfahren werden.

Am 4. April, wird der „Allgemeinen Ztg.“

geschrieben: „Zahlreiche Symptome deuten darauf hin, daß, mit welchen Entwürfen man sich auch eine Zeit lang in den Tuilerien getragen haben mag, die Absicht eines diesjährigen Feldzuges in Italien oder am Rhein jetzt aufgegeben ist. Der ganze Ton der französischen Regierung ist in den letzten zwei oder drei Wochen ein sehr gemäßigter geworden. Eben so hat man Grund zu glauben, daß Preußen durch die lebhaften Vorstellungen seiner Freunde (Englands und Russlands?) sich hat bewegen lassen, auf den Plan einer activen Einmischung in die Angelegenheiten Nord-Europas vorläufig zu verzichten, — einer Einmischung, die, wenn sie verfolgt würde, Preußen in wenigen Wochen seine Rheinprovinzen kosten dürfte. Jedoch muß hier beigefügt werden, daß Englands Beziehungen zur preussischen Regierung im Augenblicke von keineswegs sehr lieblicher Art sind. Die Verhaftung und Prozeßführung des Capitäns Macdonald an der Bonner Eisenbahn und die sofortige Beigerung der preussischen Regierung, ein Wort des Bedauerns darüber zu äußern, haben Lord John Russell veranlaßt, sich mit ungewöhnlicher Strenge auszusprechen, und der ganze Vorgang hat einen sehr unangenehmen Eindruck zurückgelassen. Noch bedenklicher erscheint die Haltung des preussischen Commissars in Syrien, der sich dem gemäßigten und billigen Verfahren Lord Dufferins gegenüber mit bitterer Feindseligkeit benahm. Der österreichische Commissar handelte in genauem Einklang mit England, und der russische bezeugte sich sehr unparteiisch und ruhig; aber der preussische Agent arbeitete durchgehends wie beflissen den Franzosen in die Hände, und sein Benehmen hat starke Demonstrationen von Seiten Englands und anderer Mächte veranlaßt.“

Frankreich.

Paris, 1. Mai. Wenn man die neueste Reform in der großen Verwaltungsmaschine nicht überflüssig will, muß man wissen, was seither im Centralisiren geleistet worden ist. Wenn ein Gefängnißwärter fünf Tage Urlaub haben wollte, mußte sein Besuch im ordentlichen Instanzenzuge durch die Bureau des Oberwärters, Directors, Unterpräfekten und Präfekten bis zum Minister wandern und von dort mit dem Bescheide auf demselben Wege zurückkehren. Dazu waren zehn Depeschen, zehn Ausfertigungen und vier Wochen Zeit nötig. In einem Gefängniß wurden drei Scheiben zerfchlagen, und ein Glaser hatte neue einzusetzen. Die Rechnung mußte auf einem Stempelbogen von 35 Centimes stehen und wanderte in bester Form auf dem obenbezeichneten Wege bis zum Minister, der sie besah, genehmigte und zurückschickte. Um der 2 Fr. 40 Cent. willen, welche der Glaser zu fordern hatte, waren zehn Depeschen, zehn Ausfertigungen und ein 35-Centimestempel erforderlich. Und um solche Bagatellen abzuschaffen, erstattet der Minister erst einen langen und breiten Bericht an den Kaiser.

— Der „Propagateur“ meldet, daß an den neuen Befestigungswerken von Lille mit großer Thätigkeit gearbeitet wird. Ungefähr 1000 Arbeiter sind damit beschäftigt.

Paris, 1. Mai. Herr von Baumbach, Abgesandter des Kurfürsten von Hessen, geht wieder von Paris weg, wie verlautet, wegen gewisser Titel- oder Unterschriftenverweigerung, die er mit seiner und seines Landes Herrn Würde unverträglich gefunden hätte. — Der hiesige Hof begibt sich am 20. auf einen Monat nach Fontainebleau. — Es ist nicht begründet, daß der französische Votschafter in Rom, Herzog von Grammont, bei der päpstlichen Regierung Schritte gethan hat, um die Entfernung Franz II. zu erwirken. — Bei Dentu ist heute eine Schrift über den dänisch-deutschen Streit erschienen. Sie ist von einem Herrn Chopin; Dänemark wird wohl bald wieder einen Orden losgeworden sein. — Heute wurde die Gemälde-Ausstellung (im Palais de l'Industrie) eröffnet. Die Bilder der Waler sind jetzt nach dem Alphabet geordnet. Früher war die Ordnung der Jury allein überlassen. Nur für den Ehrensaal ist eine Ausnahme gemacht worden. Dort befinden sich hauptsächlich kaiserliche Bilder, unter andern das Bild, das den Kaiser in der Schlacht von Solferino darstellt. Er ist von seinen Generalen umgeben und ertheilt Befehle.

Italien.

Turin, 29. April. Die Auftritte in Neapel sind durch den Telegraphen arg übertrieben worden. Allein es ist hohe Zeit gewesen, daß Cavour und Garibaldi einander die Hand gereicht haben, denn dieser Zwiespalt hätte gewiß Vorwand zu neuen Unruhen gegeben. — In Rom wird fortwährend conspirirt, und Franz II. läßt sein Silber und Gold verschmelzen, um Münzen mit seinem Bilde prägen zu lassen. Die Goldsendungen, die von Rom nach Neapel gehen, sind sehr beträchtlich.

— Garibaldi traf am Morgen des 30. April in Genua ein, wo seine einzige Tochter Teresita sich am 1. Mai mit Herrn Canzio, einem Garibaldi'schen Offizier, verheirathet. Mehrere Freunde Garibaldi's sind zu diesem Familienfeste eingeladen. Nach beendigtem Hochzeitsfeste wird die ganze Familie Garibaldi's nach Caprera einschiffen. Es bestätigt sich also, daß Garibaldi vorläufig nicht wieder im Parlamente zu Turin erscheinen wird. Auf der ganzen Halbinsel herrscht jetzt Ruhe, wenn auch die Ordnung im Neapolitanischen noch viel zu wünschen übrig läßt. Eine Kur-gebung der Palermitaner mit dem Rufe: „Es lebe Garibaldi!“ hatte am 28. April einen durchaus ruhigen Verlauf, doch beobachtete die Nationalgarde eine Haltung, die den Demonstrationen es gerathen erscheinen ließ, recht bald nach Hause zu gehen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 27. April. Wie schon bisher an der polnischen Grenze, so ist jetzt auch an den übrigen Landesgrenzen die Waffeneinfuhr verboten worden, so weit nicht eine besondere obrigkeitliche Erlaubnis erteilt wird. — Vorgefunden hat der Eisgang auf der Nema innerhalb der Stadt begonnen und gestern war der Fluß schon so ziemlich frei. Es hat in diesem Jahre ein paar Wochen gedauert, ehe der Fluß vom Labogasee aus bis hierher aufgegangen ist.

Warschau, 30. April. (Schl. Z.) Der provisorische Municipalrath hat sich heute aufgelöst. Das Protokoll der heutigen Sitzung lautet: „In Erwägung, daß die Anwesenden bei der mangelnden Entscheidung der Frage über die Organisation des provisorischen Municipalrathes die durch Art. 13 des Allerhöchsten Ukas vom 26. März vorgeschriebenen Functionen gewissenhaft zu erfüllen nicht in der Lage sein würden und daß sie keine

Mittel besäßen, die auf die ökonomische Verwaltung der Stadt bezüglichen Bedürfnisse vorzustellen, so wie in Anbetracht, daß das Gesetz über die Municipalräthe in Kurzem erscheinen soll, bitten dieselben, sie von den ihnen zeitweilig aufgetragenen Verpflichtungen entbinden zu wollen.“ — Beachten Sie wohl die Worte, daß die Mitglieder des Municipalrathes (welche übrigens in dem letzten Rescript nicht mehr als solche, sondern nur als „Personen“ benannt sind, die „dem Magistrat zur Erfüllung der Functionen desselben beigegeben seien“) keine Vorstellungen über die Verwaltung der Stadt erheben könnten, denn hierin liegt der Kern der ganzen Sache. Man muß nämlich wissen, daß der hiesige Magistrat laut einer Verordnung von 1849 nur bis zu einer Summe von 45 R. = S. (300 Fl. poln.) selbst verfügen kann, sonst aber nichts ohne Einwilligung der Commission des Innern zu thun befugt ist, und daß er außer dieser letzteren noch sechs anderen Behörden untergeordnet ist, welche in den verschiedenen Branchen das entscheidende Wort zu sprechen haben — und es wird einleuchten, daß, wenn die Municipalität jene zerstückelten Verwaltungs-Angelegenheiten nicht centralisiren und in nichts die Initiative ergreifen darf, ihre Wirksamkeit von vorn herein gleich Null sein muß. Jene 6, die in der Stadt zu befehlen haben, sind: der Militair-Gouverneur — für Pflaster, Wege, Canalisation etc.; die Einquartierungs-Commission — für die größte Last der Einwohner, die Truppeneinquartierungs-Auslagen, Präsident ebenfalls der Kriegsgouverneur; die Verwaltung des Communicationswesens — für Brücken, Straßen etc.; der Stadtcommandant — für Wasserleitung; die Feuerwerke — unter militärischer Direction, für Festschankstalten; der Oberpolizeimeister — für executive Polizei. Die Municipalität hätte unter solchen Umständen nichts weiter zu thun gehabt, als die städtischen Umlagen auszusprechen und für die Füllung der Stadtkasse zu sorgen. VerARGE es daher, wer da mag, den ehrenwerthen Bürgern, die sich dazu nicht hergeben wollten. — Die auch Ihnen für gestern angekündigten Demonstrationen sind unterblieben. Wir sind überzeugt, daß auch die noch senst erwähnten Tage, als der 3. und 6. des Monats Mai, ruhig vorüber gehen werden.

Danzig, 4. Mai.

* In einigen speziellen Fällen ist hier neuerdings bei den städtischen Behörden die Frage zur Erörterung und Entscheidung gekommen, ob die Anlage von Gerbereien innerhalb der Stadt eine Verschlechterung des Wassers zur Folge habe. Der Magistrat hat, wie wir hören, diese Frage bejaht und sich in Folge dessen in jenen Fällen gegen Errichtung von Gerbereien ausgesprochen. Da es von Interesse sein dürfte, ähnliche Fälle aus anderen Städten kennen zu lernen, so theilen wir folgenden Artikel aus dem „Polyt. Notizblatt“ mit:

„Bei Gelegenheit einiger, von verschiedener Seite gegen die Anlage einer Ledergerberei erhobenen Proteste hatte Dr. Gräber in Mülthausen in Thüringen Veranlassung, die Gründe, auf welche sich diese Proteste glaubten stützen zu dürfen, einer genaueren Erörterung und Prüfung zu unterwerfen. Die Stadt Mülthausen wird von einem Bache durchflossen, der fließt und etwa nur 3 Millionen Pfund Wasser liefert und dazu benagt wird, alle möglichen Abgänge aus den Haushaltungen und Gewerben aufzunehmen. Diese Gewerbe sind sehr mannigfaltig und zahlreich: Gerbereien, Färbereien, Wollwäschereien, Seifenfabriken, Schlächtereien u. s. w., über hundert einzelne Etablissements. Die innere Stadt zählt gegen 11,000 Einwohner. Es war nun Sache der chemischen Analyse, nachzuweisen, inwiefern und in welchem Umfange eine Veränderung in der Zusammensetzung des Wassers während seines Laufs durch die Stadt eingetreten war. Die Analyse wurde mit großer Sorgfalt ausgeführt und ergab (wir sehen hier von einer ausführlichen Erwähnung der aufgefundenen Verbindungen ab), daß, da das Wasser des Straßenbaches, trotz einer großen und mannigfaltigen Gewerbsthätigkeit, die ihm ihre sämtlichen Abgänge zuweist, für eine fernere Benutzung in denselben Industriezweigen nicht unbrauchbar geworden ist, auch das Unstrutwasser, welches in Betreff seines Gehalts an kohlensaurem Kalk mit dem Wasser in der Stadt sehr nahe übereinkommt, durch die Anlage von nur einer Gerberei nicht unbrauchbar werden kann.“

Thorn, 2. Mai. Die hiesige Handelskammer hat sich bekanntlich an die Regierung zu Marienwerder mit dem Erluchen gewendet, die Thorn-Strasburg-Lautenburg-Neidenburger Chausseestücke ihrer endlichen Vollendung entgegen zu führen. Ueber die Gründe des verzögerten Ausbaues dieser Kunststraße giebt ein Schreiben im „Gr. S.“ folgende Aufklärung: „Wie bekannt, werden die Kreise unserer Provinz, welche Chausseebau, durch eine Staats- und eine Provinzial-Prämie unterstützt, welche je 10,000 und 5000 Thlr. für die Meile betragen. Die Staats-Prämien pflegen stets rechtzeitig einzugehen und in der Regel fünf Wochen nach erfolgter Liquidation in Händen des Bau-Comités zu sein. Anders verhält es sich mit den Provinzial-Prämien. Als der Provinzial-Landtag den Beschluß faßte, daß jede in der Provinz zu bauende Kreis-Chaussee durch eine Prämie unterstützt werden sollte, wurde zugleich mit der Höhe der jährlich auszuscheidenden Umlage zur Deckung der Prämien auch noch bestimmt, daß die in der Regierungsbezirken durch dieselbe jährlich auskommenden Summen nicht auf die ganze Provinz, sondern nur auf den betreffenden Bezirk, aus dem sie kommen, vertheilt werden sollten. Hierdurch wurde also eigentlich nicht eine Provinzial-, sondern eine Bezirksprämie beibehalten. Die nachtheiligen Folgen dieses Beschlusses konnten nicht ausbleiben, wie das überall da geschehen muß, wo man die Kräfte zerstückelt, statt sie zusammen zu halten. In Littauen, wo es sehr an Steinen fehlt, wurden wenige oder gar keine Chausseebau angefangen und deshalb liegen die dort aufgetragenen Prämienbeträge unbenutzt in den Regierungen-Hauptkassen oder, geringe Zinsen bringend, in der Bank. Der Regierungsbezirk Marienwerder war im Bau von Kunststraßen besonders thätig und es wurden daher jährlich viel mehr Prämien liquidirt, als durch die einkommenden Gelder gedeckt werden konnten. Die übrigen Kräfte wurden hierdurch am meisten benachtheiligt. Außerdem wird vielfach die Ansicht ausgesprochen, daß es bei der Vertheilung der flüssigen Prämien nicht überall gerecht zugegangen wäre. Die hiesige Commission darf sich über solche Meinungen nicht wundern, da sie über ihre Wirksamkeit niemals öffentlich berichtet hat und auf einzelne Kreise sogar wenig Prämien gekommen sind. So hat z. B. der Strasburger Kreis zwei Provinzial-Prämien erhalten, während er noch eifrig zu fordern hat. Dieser Umstand, daß dem Kreis Strasburg 55,000 Thlr. fehlen, auf die für den Ausbau der dafelbst in Angriff genommenen Bauten gerechnet war, hat letztere ins Stocken gebracht. Indes haben die Strasburger Kreisstände kein Mittel unversucht gelassen, diesem Uebelstande abzuhelfen. Schon vor nunmehr einem Jahre wurde beschlossen und zwar einstimmig, vermittlest Controibution einer Anleihe von 40,000 Thlrn. die begonnenen Bauten zu Ende zu führen. Dieser Beschluß bedarf der Bestätigung Sr. Maj. des Königs. Bis heute ist es der ständi-

schon Commission noch nicht gelungen, eine definitive Antwort auf ihre vielfachen desfallsigen Eingaben zu erlangen."

Boa u, Ende April. An unsern Chausseebau, der längere Zeit hindurch fast ganz geruht hat, scheint man jetzt um so kräftiger Hand legen zu wollen. Nachdem vor kaum drei Wochen das neue Bauproject entworfen worden ist, wird jetzt schon rüstig an den Vorarbeiten gearbeitet. Der Bau selbst soll, sobald er die Allerhöchste Sanction erhalten hat, unverzüglich beginnen. Unsere Stadtverordneten haben sich mit dem neuen Projecte, das den westlichen und östlichen Theil des Kreises mit Eylau, dem wichtigsten Anlaufspunkte des durch den oberländischen Canal hergestellten Verkehrsweges, in Verbindung bringt, ebenfalls ausgesöhnt und alle kleinlichen Nebenbetrachtungen bei Seite lassend, die dagegen erhobene Demonstration zurückgenommen. Während der Kreis mit Aufbietung aller Kräfte eine Verbindungslinie mit den großen Verkehrswegen herzustellen strebt, zieht von anderer Seite schon wieder ein Uostern herauf, der unsre Hoffnungen vielleicht für einige Jahre vernichtet. Die aus unserm Kreise nach Dt. Eylau zu bauende Chausseelinie führt nur bis Rodzonne, von wo aus der Rosenberger Kreis den noch 1 1/4 Meile langen Chausseeweg weiter führen sollte. Dem Vornehmen nach hatte der Herr Handelsminister die feste Erwartung ausgesprochen, daß diese geschehen würde und unser Kreis hatte im Vertrauen darauf den Plan zu einer sofortigen Verbindung entworfen. Die Kreisstände des Rosenberger Kreises haben indeß vor einigen Tagen beschlossen, den Chausseebau von Dt. Eylau nach Rodzonne, da er dem Rosenberger Kreise keinen unmittelbaren Vortheil bringe, nicht in Angriff zu nehmen. Durch diesen Beschluß werden uns die Wohlthaten des oberländischen Canals zum größten Theile entzogen. Die Kreiseingesessenen des hiesigen Kreises haben deshalb an den Herrn Handelsminister das Gesuch gerichtet, diese Straße auf Staatskosten herstellen zu lassen, da bei den günstigen Terrain-Verhältnissen der Bau ohne merklichen Aufschuß mit der vom Staate gewährten Prämie von 10,000 Thlrn. und zwar aus dem Provinzial-Baufonds stehenden Summe von 5000 Thlrn. pro Meile hergestellt werden könnte, die Frequenz auf der Chaussee aber jedenfalls so bedeutend sein würde, daß durch die Chaussegelder nicht nur die die Unterhaltungskosten gedeckt, sondern auch die Anlagekapitalien verzinst werden könnten. Sollte der Herr Handelsminister dieses, die Interessen unseres und der anliegenden östlichen und westlichen Kreise in sich fassenden Gesuchs nicht berücksichtigen können, so bitten die Kreiseingesessenen um Erhöhung der Bauprämie, damit sie den Bau selbst in die Hand nehmen und in einem fremden Kreise die Interessen des eigenen fördern.

Die Bahn Danzig-Neufahrwasser.

II.

Reicht der Danziger Bahnhof der Endpunkt der Ostbahn dem Meere zu, so bleiben auch alle Schwierigkeiten des jetzigen Geschäfts und wir drängen den Zuwachs der Güter, der sich durch die Eisenbahnen unsres Hinterlandes nach Danzig zieht, muthwillig wieder in andere Bahnen und Wege. Es mag uns gestattet sein, an einzelnen Beispielen es nachzuweisen, was wir beaupten: Das Schiff „Amanda“, Capt. C. C. Runge, 208 Normallasten groß, traf in Neufahrwasser am 15. April mit Stöckgut, namentlich Porter u. von London ein. Seines Tiefgangswegen mußte es in Neufahrwasser liegen bleiben, um dort erst abzuladen. Es mußten zu diesem Zwecke Leichterfahrzeuge von Danzig nach unten gesandt werden, die aber bei dem Sturme zu der Zeit nur langsam herunter kamen. Einige Tage mußte das Schiff noch still liegen, weil es beim größeren Andrang von eisernen Schiffen an Beamten fehlte, die die Ladung überwachten. Zwei Leichterfahrzeuge nahmen nun die Güter auf und brachten die Waaren nach dem hiesigen Packhofe; darauf kam das Schiff selbst herauf, um am 29. April die letzten Güter an Land zu geben. Nach diesem wurden die Bordinge entlastet, so daß erst am 1. Mai — also nach 16 Tagen — die Waaren aus dem Schiffe „Amanda“ zur weiteren Verfügung der Empfänger bereit waren. Von den Empfängern wurde nun gewünscht, daß viele Waaren, namentlich Porter und Me, theils weil sie nöthig gebraucht werden, theils weil die Biere in Flaschen auf einer längeren Reise bei warmem Wetter sehr drängen und leiden, mit Dampfschiff weiter geladen werden. Es ist anzunehmen, daß gewiß ein großer Theil derselben per Eisenbahn expedirt worden wäre, und befördert würde, wenn die polnische Bahn fertig wäre. Ist die Bahn bis Neufahrwasser vollendet, so würde jeder Empfänger seine Güter mit Leichtigkeit in Neufahrwasser gleich expediren und der Bahn übergeben können. Rähne würden die Güter laden, die den Wasserweg gehen und Leichterfahrzeuge das zur Statt bringen, was für Danzig bestimmt ist. Es könnte also in kurzer Zeit das Schiff entlastet werden, und, indem eine Menge Espen erpart werden, käme der Empfänger, der seine Waare wünscht, auch wirklich in den baldigen Besitz derselben. Die Saiffe würden zu einer billigeren Fracht nach Neufahrwasser laden, denn sie haben keine Leichterkosten und nicht die Verantwortung der guten Verladung aus dem Bordung in Danzig und werden schneller expedirt.

Ein noch viel mehr hervortretender Fall ist es, wenn ein Kaufmann unsres Hinterlandes einen Waarenposten per Dampfschiff nach Danzig verladen läßt, um von hier aus denselben per Eisenbahn zu erhalten; also so, daß derselbe den Empfang derselben genau berechnen zu können glaubt. Die Größe der Dampfer erlaubt es in der Regel nicht, daß sie beladen bis zum hiesigen Packhof kommen, es werden also die Güter in Neufahrwasser gelöst werden müssen, und wenn mit großer Eile, wie es bei Dampfern üblich, in zwei Tagen. Es ist etwas stürmisch und der Leichter gebraucht auch zwei Tage, um nach dem Packhof zu kommen. Hier angekommen, liegen ihm noch zwei Schiffe vor, er muß 5 bis 6 Tage warten, wird in zwei Tagen entlastet und die Waare ist endlich nach etwa 10 bis 12 Tagen im Packhofe, die Expedition und Abfahren nach dem Bahnhofe dauert 1 bis 2 Tage. Der Dampfer hat nun z. B. bis von Poncon in 7 Tagen seine Reise nach hier gemacht, die Bahn von hier nach Warschau geht etwa 3 Tage, also 10 Tage Reise von Poncon nach Warschau. Sollte da nicht der Empfänger mit Recht ungehalten sein und andere Wege wählen, auf denen er seine Waare schneller erhält, wenn die Expedition hier eben so lange dauert, als die Reise von Warschau nach Poncon. Nun kommt noch dazu, daß das Zollamt einer größeren Steuer, als die allgemeine Eingangsabgabe, unterworfen Güter nicht anders als im Packhofe lösen läßt. Das Wasser an der Schäre ist aber so schmal und die Uferlänge so geringe, daß bei einigem Andrang von Schiffen schon jetzt die Expedition schwierig ist, also eine Aufstellung von Expeditionshäusern mit Waagen am Bollwerke, wie wir sie z. B. in Stettin haben, und hier schon lange gewünscht

wird, um die Waare sofort nach der Entladung zu expediren, hier gar nicht möglich ist. Vermehrt sich nun der Verkehr durch die polnische Bahn, so ist eine Ausdehnung des Terrains und Verbreiterung der Wasserstraße nur mit den größten Opfern möglich, während wenn in Neufahrwasser der Bahnhof etablirt wird, sowohl für genügenden Raum für das Zollamt gesorgt werden kann und so eine große Menge Ausgaben der Stadt erpart werden, die, wenn sie wirklich ausgegeben sind, auch viel größere Ausgaben nach sich ziehen, wenn das Fahrwasser vom Hafen bis zum Packhof für größere Schiffe fahrbar gemacht werden soll. Und dabei bleibt doch noch der Umstand des entfernten Bahnhofes, oder es würden andere Falls wieder große Opfer nöthig, um die Schienen in die Nähe des Packhofes zu bringen.

Wenn nun die polnische Bahn in Betrieb gesetzt ist, so darf es wohl keinem Zweifel unterliegen, daß auch mancherlei Import von dort per Eisenbahn hier eintreffen wird. Es kommen nun zum Herbst Partien Getreide per Bahn an, sie werden hier verkauft, Käufer hat aber Schiffe in Neufahrwasser in Ladung, zu deren Complottierung er den Anlauf gemacht hat. Welche Ersparniß wäre es, wenn das Getreide gleich in denselben Waggons, in denen es gekommen, nach Neufahrwasser gebracht würde, gegen den Empfang hier, wobei es nöthig ist zu speichern, zu laden und nach Neufahrwasser per Rre hinzufahren. Unser Zinsdurchgang hat sich ganz von unserm Ort fortgezogen, weil man es vorzieht, erst dann, wenn Schiffe in Ladung liegen, diesen per Bahn nach dem r sp. Hafen zu senden. Wäre nun die polnische Bahn fertig und Zins lönte bis Danzig gehen, — welche Kosten würden erwachsen, wenn das Zins in hiesigen Bahnhöfen abgenommen und den Schiffen zugeführt werden müßte, gegen einen Empfang und Verladung auf dem Bahnhof in Neufahrwasser? Welche Zinsersparniß und welche Erleichterung in zollamtlichem Nachweis des bestimmten Durchgangs würde nicht eintreten? (Fortf. folgt)

Das Verfahren bei der Nachhausefchaffung von schiffbrüchigen preussischen Mannschaften.

Wenn ein Schiff im Auslande gestrandet ist, so wendet sich die gerettete Mannschaft, nachdem ihre Dienste beim Bergen nicht mehr nöthig sind, behufs Heimsendung an den preussischen Consul, welcher am Strandungsorte oder dem zunächst gelegenen Hafen seinen Wohnsitz hat. Trotzdem die Regierung, wie aus einer bei Gelegenheit eines solchen Vorfalles kürzlich veröffentlichten Berichtigung der „Preussischen Zeitung“ hervorgeht, keine Verpflichtung hat, die schiffbrüchigen Mannschaften nach Hause zu schaffen, so hat sie doch wohlweislich ihren Consuln die Instruction erteilt, nicht nur die Leute nach Hause zu befördern, sondern sie auch erforderlichen Falles mit den nöthigen Mitteln zur Heimreise zu versehen. Die Consuln schaffen also die Leute bis an die preussische Grenze, von dort übernimmt die Polizei den weiteren Transport.

Die Consuln sowohl wie die Polizei sind von der Regierung angewiesen, die vorgeschossenen Beträge von dem Rheder einzuziehen und nur wenn der Rheder die Zahlung desselben verweigert, die Kosten bei der Staatsregierung zu liquidiren. Die Folge davon ist, daß, so wie die Beförderung der Mannschaft vor sich geht, der Rheder alsbald eine Menge von Zahlungsaufforderungen seitens der Consuln, sowie von den Polizeibehörden derjenigen Städte erhält, welche die Mannschaft durchpassirt ist. Die Polizeischreiben sind gewöhnlich sehr zahlreich, weil diese Behörden den Leuten das Reise- und Verpflegungsgeld nur auf kurze Distanzen vorschießt, trotzdem die Reisekosten durch den dadurch entstehenden Aufenthalt unterwegs und wegen der während desselben erforderlichen Verpflegung vertheuert werden.

Der Rheder hat laut der Musterrolle, dem einzigen zwischen seinem Capitän und der Mannschaft abgeschlossenen Contracte, keine Verpflichtung, die Mannschaft seines gestrandeten Schiffes auf eigene Kosten nach Hause zu schaffen. Dagegen legt ihm das Landrecht die Verbindlichkeit auf, zu diesen Kosten so viel zu contribuiren, als das Provenü des Brods und der geborgenen Gegenstände, so weit solches nicht schon zu diesem Zwecke verausgabt ist, dazu ausreicht. Ein vorsichtiger Rheder wird demnach, wenn von seinem Schiffe etwas geborgen ist, an die Erledigung der Zahlungsaufforderungen nicht eher gehen, als bis er in dem Besitze des besagten Provenüs ist und die Beförderungskosten vollständig beisammen hat, so daß er deren Gesamtsumme übersehen kann.

Reicht nun der Erlös des Geborgenen zur Befreiung der Seitens der Polizei und der Consuln liquidirten Beträge nicht aus, so versucht die Polizei den Rest vom dem Capitän und den Mannschaften einzuziehen, was freilich nur selten zum vollen Betrage gelingt.

Bei Betrachtung des Vorstehenden drängen sich uns folgende Bemerkungen auf:

1) Scheint es durchaus nothwendig, daß der Staat, wenn gleich er die Consuln mit Ordre zur Heimhaffung resp. zur Befreiung der erforderlichen Kosten an gestrandete Mannschaften versehen hat, somit also stillschweigend die moralische Verpflichtung hierzu anerkennt, auch gesetzlich diese Verbindlichkeit übernehme. Abgesehen davon, daß es dem Staate von Wichtigkeit sein muß, daß solche Leute nicht genöthigt werden, aus Mangel an Mitteln zur Heimkehr Dienste im Auslande zu nehmen, wird diese Verpflichtung durch das bei uns bestehende Militär-Verhältniß bedingt — es müßte denn für eine ausreichende Entschädigung erachtet werden, wenn ein schiffbrüchiger preussischer Seemann, welcher militärpflichtig ist, seine Nichtstellung damit beschönigt, daß er keine Mittel zur Heimreise gehabt habe. So lange eine gesetzliche Verpflichtung des Staates zur Rückhaffung der schiffbrüchigen Mannschaften resp. zur Leistung der dazu nöthigen Voranschüsse nicht existirt, ist der Fall denkbar, daß die jetzt den Consuln zu diesem Zwecke erteilte Ordre zurückgenommen wird und in Folge dessen unsere Matrosen oft in die drückendste Lage gerathen können.

2) Ist das jetzt bestehende Verfahren bei der Nachhausefchaffung für alle Beteiligten ein weitläufiges und kostspieliges, welches der Vereinfachung bedarf. Alle consularischen wie Polizeirechnungen müssen einer einzigen Behörde zuschickt werden, die dann allein mit dem Rheder wegen Wiedererstattung der Kosten zu conferiren hätte. Ferner wäre dafür zu sorgen, daß die Mannschaften möglichst ohne Aufenthalt expedirt würden und nicht stationsweise, wie es jetzt geschieht, von einem Consul dem andern, von einer Polizei-Behörde der nächsten überwiesen würden. Es kann dabei auch gar nicht darauf ankommen, ob die Leute mit der dritten Eisenbahnklasse, wenn kein Fokalsung an dem betreffenden Orte abgeht, befördert werden — die geringen Mehrkosten werden durch die schnellere Beförderung gedeckt. Es ist hierbei noch zu bemerken, daß das bisherige Verfahren, nach welchem dem Capitän die vierte Eisenbahnklasse gleich den Matrosen angewie-

sen wird, unpassend erscheint. Wenn die Behörden verlangen, daß dem Capitän seitens der Schiffsmannschaft Respekt erwiesen werde, so müssen sie das auch dadurch beethätigen, daß sie ihm als gebildeten Manne eine Bevorzugung zu Theil werden lassen.

3) Ist zu überlegen, ob es billig ist, den Rheder überhaupt zur Befreiung der Nachhausefchaffungskosten heranzuziehen. Die Mannschaft verpflichtet sich beim Zumustern, dem Capitän bestimmte Dienste auf einem namentlich bezeichneten Schiffe zu leisten; geht dieses Schiff verloren, so hört, nachdem das Schiffsvolk seiner eingegangenen Verbindlichkeit, das Schiff oder dessen Trümmer nach Möglichkeit zu conserviren resp. zu bergen, nachgekommen ist, das contractliche Verhältniß zwischen Capitän und Schiffsvolk auf. Dem Rheder aber, wie dem Capitän, muß es gleichgültig sein, ob die Mannschaft nach Hause geht oder in fremde Dienste tritt; ob eine Heimhaffung im Interesse des Schiffsvolles liegt, wird von den jedesmaligen Umständen abhängen. Dagegen hat der Staat ein Interesse daran, daß die Leute nicht im Auslande bleiben und ihre Arbeitskraft dem Vaterlande verloren geht.

Immerhin scheint es wünschenswerth, daß die Schiffleute bei jedem Schiffsverluste vom Consul oder dem anwesenden Vertreter der Regierung darauf aufmerksam gemacht würden, daß die Heimhaffungskosten, wenn der Beitrag des Rheders aus dem Erlöse des Geborgenen nicht dazu ausreicht, schließlich von ihm selbst zu tragen sind. Es wird damit der unter den Matrosen allgemeinen Meinung vorgebeugt werden, daß Rheder und Staat ihre Nachhausefchaffungskosten zu bezahlen haben und es bliebe einem Jeden die Wahl, ob er von dem Anerbieten des Consuln, ihn vorschussweise mit den Mitteln zur Heimhaffung zu versehen, Gebrauch machen will oder nicht.

Weshalb nun der Rheder gerade mit dem Provenü des Geborgenen zu den Nachhausefchaffungskosten contribuiren muß, trotzdem mit dem Verluste des Schiffes auch der zwischen seinem Capitän und dem Schiffsvolle geschlossene Contract erlischt, ist nicht einzusehen. Es trifft die jetzt bestehende Verordnung den Rheder jedenfalls sehr hart. Ist sein Schiff nicht assicurirt, so muß er das Einzige, was ihm von demselben verbleibt, ganz oder theilweise zu einem ihm fernstehenden Zwecke hingeben, — war er dagegen versichert, so ziehen die Assuradurs bei Zahlung des Total Schadens den Erlös des Geborgenen unwiderruflich ab, gleichviel ob er denselben behalten hat, oder ob das Geld zur Nachhausefchaffung seiner Mannschaft verwandt worden ist.

Es ist zu wünschen, daß die Staatsregierung die vorstehenden Bemerkungen in Erwägung ziehen möge, da es allgemeine Ansicht ist, daß weder die jetzige Art und Weise der Nachhausefchaffung schiffbrüchiger Mannschaften, noch das Princip, welches der Vertheilung der dadurch entstehenden Kosten zu Grunde liegt, die richtigen sind.

Mannigfaltiges.

— Einer summarischen Zusammenstellung der Beiträge und Sammlungen zum Stein-Denkmal entnehmen wir die nachstehenden Angaben: Aus der Provinz Preußen sind im Ganzen eingegangen 2293 Thlr. und 25 Thlr. ostpreussischer Pfandbriefe, aus der Provinz Posen 540 Thlr., aus der Provinz Pommern 1658 Thlr., aus der Provinz Brandenburg 4049 Thlr., aus der Provinz Schlesien 1970 Thlr., aus der Provinz Sachsen 1342 Thlr., aus der Provinz Westphalen 673 Thlr., aus der Rheinprovinz 1913 Thlr., aus anderen deutschen Ländern und von Deutschen im Auslande 862 Thlr. Dazu kommen der Beitrag der Stadt Breslau 1000 Thlr., der Beitrag der Stadt Berlin 10,000 Thlr. und die Sammlung des Zweigvereins der Stadt Berlin 1714 Thlr. Daraus ergibt sich als Gesamt-Summe aller Beiträge bis Ende April d. J. ca. 28,019 Thlr. und 25 Thlr. ostpreussischer Pfandbriefe.

— Für das große deutsche Sängerverfest in Nürnberg haben sich bereits 88 auswärtige Sängervereine mit ungefähr 1900 Sängern angemeldet. Die Führen der Sängervereine werden mit (3 Ellen langen und 3 Zoll breiten) schwarz-roth-goldenen Bändern geschmückt. Mit der Aufstellung der Festhalle wird schon in den nächsten Tagen begonnen werden.

— Die neuesten Wiener Zeitungen enthalten folgende Notiz: Die Westbahn ist die erste Bahn, welche die Beleuchtung der Waggons mittelst Gaslicht bewerkstelligt. In jedem Waggon wird nämlich ein Kautschuklauch angebracht, in welchem eine bestimmte Quantität Gas enthalten ist, die für einen genau berechneten Zeitraum Brennstoff liefert. In den Hauptstationen Linz und Salzburg werden dann die leeren Gasfäße während des Aufenthalts wieder gefüllt. Die Proben, welche mit dieser neuen Beleuchtungsart angestellt wurden, sind sehr befriedigend ausgefallen und es dürfte in Folge dessen schon in nächster Zeit diese Gasbeleuchtung auf der ganzen Bahnstrecke eingeführt werden. Das Ersparniß, welches hierdurch bezwagt und erreicht wird, soll ein bedeutendes sein, da der Delverbrauch, der bei den gegenwärtigen Delpreisen ein sehr kostspieliger ist, durch die Anwendung dieser Methode ganz entfallen würde.

— Mit Anfang des Monats April haben die Fischer der Bai von St. Brieuc zum ersten Male eine der seit 1857 von Herrn Coste angelegten künstlichen Austerbänke ausgebeutet. Innerhalb fünf Tage lieferte diese eine Bant 4,500,000 Austern von ansehnlicher Größe, die an Ort und Stelle für 70,000 Fr. verkauft wurden. Nehmt ein Exemplar daran an der Nordsee!

Wolle.

Breslau, 1. Mai. (B. u. H.-Z.) Wir hatten wieder ein ziemlich lebhaftes Geschäft und seit langer Zeit die ersten größeren Umsätze in feineren Wollen, von welchen mehrere hundert Centner, theils schlesischen, theils böhmischen Ursprungs, in den Preisen von 90—105 $\frac{S}{Lb}$ an zwei hier anwesende bedeutende rheinische und sächsische Fabrikanten verkauft worden sind. Bei diesen Geschäften hat sich durchschnittlich ein Rückgang von 5—8 $\frac{S}{Lb}$ gegen vorjährige Juni-Marktpreise herausgestellt. Gleichzeitig sind auch einige Böden feiner und hochfeiner Ektower Kunstmäße von 95—110 $\frac{S}{Lb}$, böhmischer mittelfeiner Einschnuren von 80—83 $\frac{S}{Lb}$ und russischer Mäßenmäße von 62—66 $\frac{S}{Lb}$ abgesetzt worden. — Das gesammte verkaufte Quantum beläuft sich auf ca. 800 \frac{Lb} .

Produkten-Märkte.

* Elbing, 3. Mai. (Orig. Bericht.) Witterung: Kalt mit Nachfrost. Schnee und Hagel. Wind W. Bei mäßiger Zufuhr von Getreide haben die Preise für Roggen etwas angezogen, die übrigen Gattungen sich behauptet. Spiritus bei mäßiger Zufuhr in den letzten Tagen schwächer, heute fest im Werthe. Bezahlt ist für: Weizen roggenbunt 117—122 $\frac{S}{Lb}$ 70/72—79 $\frac{S}{Lb}$ 12/33 $\frac{S}{Lb}$ 80/82—105/107 $\frac{S}{Lb}$, bunt 118—25 $\frac{S}{Lb}$ 70/72—84/86 $\frac{S}{Lb}$ roth 124—30 $\frac{S}{Lb}$ 83/85—95/97 $\frac{S}{Lb}$, abfallend 110—117 $\frac{S}{Lb}$ 45 $\frac{S}{Lb}$ 12/33 $\frac{S}{Lb}$ — Roggen 114/120 $\frac{S}{Lb}$ 41—49 $\frac{S}{Lb}$ 121—2 $\frac{S}{Lb}$ — Gerste, große 103—110 $\frac{S}{Lb}$ 37/39—46/47 $\frac{S}{Lb}$ 99—10 $\frac{S}{Lb}$ 34/35—39/40 $\frac{S}{Lb}$, do. kleine Futter: 55 $\frac{S}{Lb}$, Futter 55—76 $\frac{S}{Lb}$ 16—28 $\frac{S}{Lb}$ — Erbsen 55 $\frac{S}{Lb}$, Futter 45—50 $\frac{S}{Lb}$, graue 50—55 $\frac{S}{Lb}$ — Bohnen 60—65 $\frac{S}{Lb}$ — Wicken 30 $\frac{S}{Lb}$ Spiritus 19 $\frac{S}{Lb}$ 700 8000 Verantwortlicher Redact: